

UNION ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Gerüstbau-Riese: 4,5-Tage-Woche funktioniert und macht gute Laune. Seite 3

Wir schwitzen nicht alle im selben Boot

Entspannende **Ferien**,
Hitzestress im Job
und der **Zorn** über die
Klima-Schläfer.
5 Sonderseiten zum
Sommer 2026. Seiten 11–15

Die Rechte der Lernenden

Der Lehrbeginn bringt für
Lernende neue Pflichten.
Aber auch neue Rechte. Im
grossen work-Quiz lernt
man sie spielend. Seiten 18–19



Die Mega-Macho-Maschine

Künstliche Intelligenz diskriminiert
Frauen digital und analog. Seite 9

Der Stacheldraht-Bundesrat

Migrationspolitik: Der Kompass des
Bundesrates ist der Stacheldraht. Seite 2



KÜHLE IST DAS NEUE GOLD

Es ging um Sauerstoff. Oder genauer gesagt: um seinen Mangel. Um den Sauerstoffmangel auszugleichen, forderten Ärzte Ende des 19. Jahrhunderts Ferien. Aber nicht etwa für alle, sondern vor allem für Büroangestellte, die geistige Arbeit verrichteten. Körperliche Arbeit und «Frauenarbeit» galten als weniger ermüdend und damit die Versorgung mit Sauerstoff als gewährleistet. Für sie seien Ferien also unnötig.

LUXUSGUT. Hätten die Gewerkschaften dies nicht fundamental anders gesehen, gäbe es vielleicht heute noch keine Ferien. Zumindest nicht, wenn es nach der selbsternannten Volkspartei (SVP) ginge, die fast sämtliche Ferien-Vorstösse bekämpfte. Zuletzt 2012 die Initiative für 6 Wochen Ferien. Es brauchte den Landesstreik 1918, das

Es ist der Sommer der verbrannten Erde, Wiesen und Wälder.

gut organisierte Transportpersonal 1920 sowie zahlreiche kantonale Vorstösse in den 1940er und 1950er Jahren, um Ferien vom Luxusgut für Gutbetuchte zur Erholungszeit für alle zu machen. Seit 1984 gilt: Alle haben Anrecht auf vier Wochen Ferien. Wer mehr Ferien hat, verdankt dies in den meisten Branchen guten Gesamtarbeitsverträgen.

SANDBURG. Neun Unia-Mitglieder haben Bilder aus ihren wohlverdienten Sommerferien mit work geteilt: Sie scheinen erholsame Tage erlebt zu haben. Mit Städtetrips, dem Bau von Sandburgen, Familienbesuchen oder Höhlenexpeditionen (Seite 11).

DUMMHET. Doch ganz so unbeschwert ist er nicht, dieser Sommer 2026. Es ist der Sommer der verbrannten Erde, Wiesen und Wälder. Der Sommer, in dem in Europa bisher 31 800 Menschen zusätzlich an der Hitze starben, in der Schweiz zwischen 357 und 474. Der Sommer, in dem der Bundesrat auf Tauchgang ging, während die Arbeitnehmenden auf dem Bau, in den Pflegeheimen, in den Restaurants oder in den Schulen unter der Hitze ächzten. In dem Umweltminister Rösti und Bundespräsident Parmelin, beide SVP, so taten, als sei alles nur halb so schlimm. Und ihre Unwissenheit und ihr Desinteresse in Sachen Klimakrise erschreckend offen zur Schau stellten.

ANPASSUNG. Dabei ist längst klar: Die Auswirkungen des Klimawandels sind real. In der Schweiz ist es 2,9 Grad wärmer als im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Wir müssen lernen, damit umzugehen. Und auch jene schützen, die nicht in klimatisierte Büros oder in den kühlen Norden fliehen können. Damit Kühle nicht zum Luxusgut für Wohlbetuchte wird. Der Kanton Genf hat einen grossen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Auf Druck der Gewerkschaften müssen die Baustellen bei Hitzewellen um 13 Uhr schliessen – zum Schutz der Bauleute. Die Unia fordert einen Baustop ab 33 Grad, wenn es keine Beschattungsmöglichkeiten gibt (Seiten 12 bis 14).

RÜCKBLICK. Vielleicht ist es ja wie mit den Ferien. Vielleicht werden wir eines Tages ungläubig auf die zwanziger Jahre zurückblicken und sagen: Wenn die Gewerkschaften damals keinen Druck gemacht und keinen generellen Schutz vor Hitze an den Arbeitsplätzen gefordert hätten, würden wir jetzt noch immer ungeschützt bei 40 Grad draussen wie drinnen schuften.

Ausbeuterische Migrationsausserpolitik des Bundesrates

Stacheldraht als Kompass der Regierung

Der Bericht des Bundesrates zur Migrationsausserpolitik macht deutlich, wohin die Reise geht: mehr Abschottung, weniger Solidarität. Die Regierung verfolgt eine Politik, die Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit aussortiert.

MARIE SAULNIER BLOCH*

Für die Jahre 2025 bis 2028 wird die internationale Zusammenarbeit faktisch an die Bereitschaft anderer Staaten gekoppelt, Rückführungen zu akzeptieren. Länder des globalen Südens sollen nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie mit der Schweizer Wegweisungspolitik kooperieren. Damit wird Entwicklungshilfe zum politischen Druckmittel. Statt Solidarität zu stärken, werden die ärmsten Länder der Welt zu Vorposten der europäischen Grenzpolitik gemacht.

ARBEITSKRÄFTE AUSSORTIEREN

Während Schweizer Unternehmen neue Geschäftsfelder erschliessen, finanziert die Schweiz den Ausbau des Grenzregimes. 45 Millionen Franken gingen an Frontex, dazu kommen Dutzende entsandte Einsatzkräfte auf den Migrationsrouten im Mittelmeerraum und auf dem Balkan. Diese Politik folgt einer klaren Logik: Willkommen sind jene Migrantinnen und Migranten, die als billige und flexible Arbeitskräfte gebraucht werden. Wer nicht den Interessen des Arbeitsmarktes entspricht, wird ausgegrenzt, ausgeschafft oder soll künftig ausserhalb Europas Asyl beantragen.

Nach der historischen WM-Qualifikation folgt der Kampf um die Gleichstellung: Mehrere Topspielerinnen des österreichischen Eishockeyteams streiken: für Lohn, geheizte Garderoben und genügend Essen vor den Spielen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Fröstelnde Zeiten in der obersten Eishockeyliga Österreichs: Die besten Hockeyanerinnen des Landes weigern sich, an der Weltmeisterschaft teilzunehmen. Gleich elf Spielerinnen des Teams fehlen bereits jetzt im Vorbereitungscamp. Seit Monaten wehren sich die Spitzensportlerinnen gegen den respektlosen Umgang des Österreichischen Eishockeyverbands (ÖEHV). Das Team sandte gemeinsam mit der Spielergewerkschaft Younion im Vorfeld der WM einen Forderungskatalog an ihren Verband. Doch dieser schweigt.

Das macht die Sportlerinnen hässig. Sie investieren Ferientage und Freizeit, verzichten teilweise auf Einkommen und tragen die Kosten rund um ihre



SOLIDARITÄT KENNT KEINE GRENZEN: Die Unia wehrt sich gegen Abschottung. FOTO: KEYSTONE

beitskräfte gebraucht werden. Wer nicht den Interessen des Arbeitsmarktes entspricht, wird ausgegrenzt, ausgeschafft oder soll künftig ausserhalb Europas Asyl beantragen.

SOLIDARITÄT KENNT KEINE GRENZEN

Für die Gewerkschaftsbewegung ist klar: Die Prekarisierung von Migrantinnen und Migranten und die Verschärfung des Asylrechts verfolgen dasselbe Ziel: Arbeitnehmende sollen gespalten werden, damit Löhne und Arbeitsbedingungen leichter unter Druck geraten. Wir stellen uns gegen diese Logik. Wer Menschen gegeneinander ausspielt, stärkt die Arbeitgeber und schwächt die Beschäftigten. Während der Bundesrat die Grenzen für Kapital öffnet und für Menschen schliesst, kämpfen wir für eine andere Perspektive: soziale Gerechtigkeit, gleiche Rechte für alle Arbeitnehmenden und die Freiheit, in Würde zu leben und zu arbeiten. Denn Solidarität kennt keine Grenzen.

* Marie Saulnier Bloch ist Unia-Sekretärin Migration/International

Demo: Zwischen uns keine Grenzen!

Die Unia ruft gemeinsam mit Solidarité sans frontières und anderen Organisationen zur grossen Kundgebung für eine menschenwürdige Migrationspolitik in Bern auf.

Die Forderungen:

● Bewegungsfreiheit statt Grenzen:

Schluss mit den Abschiebungen, Ja zur Regularisierung und zur sofortigen Schliessung der Ausschlussgefängnisse.

● Grundrechte für alle ohne Ausnahme:

Garantierter Zugang zu Gesundheit, Bildung, Arbeit und Rechtsschutz für alle Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

● Mitbestimmung und Teilhabe für alle:

Das Recht, Rechte zu haben, ist unverhandelbar. Für alle Menschen, die hier sind und noch kommen werden.

Wann: Samstag, 26. September, 14 Uhr

Wo: Schützenmatte, Bern

Alle Infos finden Sie hier: unia.ch/events

Österreich: Spitzensportlerinnen kämpfen um Gleichstellung

Streik an der Eishockey-WM



NULL WERTSCHÄTZUNG: Österreichs Eishockeykapitänin Anna Meixner (rechts) und ihre Kolleginnen legen sich mit dem Verband an. FOTO: KEYSTONE

sportliche Tätigkeit selbst. Denn sie verdienen keinen Cent. Das Männer-Nationalteam erhält hingegen finanzielle Entschädigungen. Doch es geht um mehr als Löhne. Die Spielerinnen schildern schockierende Zustände: umziehen in ungeheizten Räumen, als Teamkleidung gibt es einfach die Restbestände der Männer, schlafen in Stockbetten und so wenig Essen vor den Spielen, dass die Spitzensportlerinnen hungrig aufs Eis müssen.

Deshalb stellen die Spielerinnen dem Verband ein Ultimatum: Ändert sich nichts, strei-

ken Topspielerinnen an der Eishockey-Weltmeisterschaft im November in der Slowakei. Teamkapitänin Anna Meixner ist vorne mit dabei und bestätigt gegenüber der «Kronen-Zeitung» ihre masslose Enttäuschung. Sie sei bereit, «auf die WM zu verzichten, damit es der nächsten Generation besser geht».

UNPROFESSIONELL

Das Eishockeyteam startet ihr WM-Trainingslager in Unterzahl. Auch Selma Luggin fehlt, eine der besten Torhüterinnen im europäischen Eishockey. Das

Vertrauen zwischen den Athletinnen und ihrem Verband sei komplett gebrochen. Eine Spielerin sagt gegenüber der österreichischen Zeitung «Der Standard»: «In den vergangenen fünfzehn Jahren haben wir

Es gibt so wenig Essen, dass die Spielerinnen hungrig aufs Eis müssen.

durch individuelles Talent, Ehrgeiz und Engagement das österreichische Frauen-Eishockey nach oben gebracht. Aber das Umfeld hat nicht Schritt gehalten. Wahrscheinlich sind irgendwelche Fussball-Dorfligen in Österreich professioneller organisiert als Frauen-Eishockey.»

Der zuständige Younion-Gewerkschaftssekretär Sascha Tomanek bringt es auf den Punkt: «Es gibt beim Verband genug Geld, um Anwälte für inhaltsleere, stundenlange Sitzungen oder Telefonate zu bezahlen oder öffentlichkeitswirksame Prozesse gegen Medien und Journalisten zu führen. Wenn es um das Thema Gleichstellung geht, heisst es dann aber: Sorry, kein Geld.»



Gerüstbau-Pionier führt 4,5-Tage-Woche ein Am Freitag-Mittag ab ins Wochenende!

Die grösste Gerüstbaufirma – Roth – hat die 4,5-Tage-Woche eingeführt. Erleichtert hat diesen Schritt auch eine Arbeitszeitverkürzung im neuen GAV. Die Monteure sind begeistert, aber nicht nur sie!

JONAS KOMPOSCH | FOTOS JAKOB INEICHEN

Montagsmorgen auf einer Grossbaustelle in der Zentralschweiz. Aus allen Richtungen brausen Budenkarren heran. Und am Security-Check-in stehen Búezer bereits Schlange. Bevor sie das Areal betreten dürfen, müssen sie stets einen persönlichen Badge scannen. Hektik herrscht dabei zwar nicht, eine gewisse Anspannung aber durch-



«Das heisst für mich mehr Lebensqualität.»

MARIO SCHÄFER

aus. Einen entspannten Eindruck machen dagegen die drei Gerüstbauer Mario Schäfer (47), Heino Neumann (64) und Giuliano Gisler (26). Sie arbeiten für den Branchenleader Roth Gerüste AG und sind hier – anders als die restlichen Handwerker – während der gesamten Bauphase im Dauereinsatz. Doch es gibt noch einen Unterschied: Die drei kommen gerade aus einem verlängerten Wochenende – so wie jeden Montag! Roth hat nämlich auf 2026 für sein gesamtes Baustellenpersonal die 4,5-Tage-Woche eingeführt. Das Unternehmen mit 650 Mitarbeitenden hat damit Neuland betreten, in der Branche ist der Schritt beispiellos. Und auch in anderen Bauberufen sind Betriebe mit ähnlichen Modellen sehr überschaubar. Die drei Gerüstbauer aber möchten ihre 4,5-Tage-Woche keinesfalls mehr hergeben.

Montageleiter Mario Schäfer aus Oberrüti AG sagt: «Früher habe ich meine Einkäufe immer samstags in der Früh erledigt. Heute nutze ich den Freitagnachmittag dafür und habe nachher zwei volle Tage mit der Familie. Das heisst mehr Lebensqualität!» Auch Giuliano Gisler aus Hochdorf LU erledigt seine Besorgungen neuerdings immer schon freitags – und kann so das samstägliche Gedränge meiden. Für den Mann mit der mächtigen Mähne besonders gäbig: «Zum Coiffeur ohne Termin ist heute kein Problem mehr – am Freitag haben alle Zeit.» Auch Heino Neumann,

der Erfahrenste in der Runde, findet die 4,5-Tage-Woche eine gute Sache. Da seine Frau und seine Tochter in Potsdam leben, ist er regelmässig lange unterwegs. Jetzt bleibt ihm für seine Liebsten wesentlich mehr Zeit. Dabei war Neumann zu Beginn noch skeptisch: «Ich fragte mich, wie das auf den Baustellen praktisch funktionieren sollte. Schliesslich haben wir ja manchmal lange Anfahrtszeiten und müssen an gewissen Freitagen schon kurz nach elf Uhr wieder zusammenpacken, damit wir rechtzeitig um 12 Uhr im Magazin sind.» Neumann spricht einen zentralen Punkt an. Denn der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Gerüstbranche, mitausgehandelt von der Unia, zählt die Reisezeiten komplett zur Arbeitszeit. In der Baubranche ist das eine Seltenheit, für die Roth-Teams heute aber noch bedeutender. Denn so beginnt ihr Wochenende freitags um 12 Uhr in der Bude und nicht irgendwo auf einer abgelegenen Baustelle. Aber eben: Dass sie so früh verreisten, habe teils irritiert, erzählt Neumann. «Da kam dann schon der eine oder andere Polier und meinte: «He, wo wollt ihr hin, das Gerüst ist ja noch nicht fertig.» Aber mittlerweile habe sich das eingependelt. Zumal jetzt bekannt sei, dass Roth keine Minute weniger arbeite als früher.



«Ich kann ohne einen Termin zum Coiffeur.»

GIULIANO GISLER

NEUER GAV ERLEICHTERT KÜRZERE WOCH
Tatsächlich basiert das Roth-Modell unverändert auf 42 Wochenarbeitsstunden, wie sie der GAV vorgibt. Die am Freitag wegfallenden vier Stunden werden von Montag bis Donnerstag vorgeholt. Und hier kommen erneut die Gewerkschaften und der GAV ins Spiel: Seit 2025 müssen alle Gerüstfirmen eine viertelstündige Znünpause auf Arbeitszeit gewähren. Mit ihr wird das Wochenarbeitsstoll heute spürbar früher erreicht. Und das wiederum hat es Roth erleichtert, den Freitagnachmittag komplett umzulagern. Heute beginnen Schäfer, Neumann und Gisler morgens zwar eine Dreiviertelstunde früher, haben dafür aber wie gehabt um 17 Uhr Feierabend. Ist diese Mehrarbeit nicht eine riskante Mehrbelastung? Das empfanden die drei bislang nicht so. Neumann sagt: «Tendenziell ist man am Montag erholter.»

Ganz genau wissen wollte das René Schmid (38), Regionenleiter und Geschäftsleitungsmit-

glied bei Roth. Er hat die 4,5-Tage-Woche massgeblich initiiert, zuerst mit einem Pilotversuch in der Niederlassung Luzern, dann als fixe Massnahme auch für die Restschweiz. Um Zwischenbilanz zu ziehen, liess Schmid in Luzern eine Studie durchführen. Das Resultat habe ihn selbst überrascht: 105 von 114 befragten Monteuren hätten angegeben, die vier etwas längeren Arbeitstage stellten für sie angesichts des längeren Wochenendes keine Mehrbelastung dar. Schmid befragte auch die Kader. Von ihnen wollte er wissen, ob die Bauteams gestresster wirkten. Einhellige Antwort: «Nein.» Und selbst von Kunden habe es viel positives Feedback gegeben. Doch was steckt eigentlich hinter dem Entscheid?



«Ich habe mehr Zeit für meine Liebsten.»

HEINO NEUMANN

ROTH: «WENIGER IST MEHR»

Ihm sei es primär um Gerechtigkeit gegangen, meint Schmid, der einst Sanitärinstallateur lernte und später auch als Monteur jobbte. Denn die Kader von Roth hätten schon früher jede zweite Woche von einer 4,5-Tage-Woche profitiert. «Wir wollten aber keine Zweiklassengesellschaft, sondern fanden, dass es unsere Leute draussen auf den Baustellen mindestens gleich gut oder noch besser haben sollten.»

Heute profitieren die Monteure jede Woche vom freien Freitagnachmittag, das Kader wie bisher jede zweite Woche. Schmid macht aber keinen Hehl daraus, dass es auch um die Profilierung im Kampf um die raren Talente geht. Und zwar nach dem Motto: «Modern, zukunftsorientiert, nachhaltig – auch als Arbeitgeber». Letztlich könne man die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht einfach ignorieren, sondern müsse mit der Zeit gehen. «Das braucht zwar Mut, zahlt sich letztlich aber aus», ist Schmid überzeugt. Wenn das Personal motivierter und ausgeglichener sei, steige auch die Arbeitsleistung. Diese sei am Freitagnachmittag bekanntlich ja nicht gerade famos. Eine US-Studie habe gezeigt, dass die Produktivität von 80 Prozent am Freitagmorgen auf rund 60 Prozent am Nachmittag sinke. «Weniger ist manchmal einfach mehr», resümiert Schmid zufrieden. Wird sein Beispiel also bald Schule machen? Montageleiter Schäfer hofft es: «Alle, die hart arbeiten, haben das verdient!»

Winterthur: Schock bei Burckhardt Auf riesigen Gewinn folgt die Massenentlassung

Die Maschinenbaufirma Burckhardt Compression will 220 Stellen abbauen, 150 davon am Hauptsitz in Winterthur. Und das ohne jegliche wirtschaftliche Not. In den letzten fünf Jahren hat sich der Gewinn verdoppelt, und die Dividendenzahlungen haben sich sogar verdreifacht.

IWAN SCHAUWECKER

Zur Sicherung der «Wettbewerbsfähigkeit» und des «nachhaltigen Erfolgs» – mit diesen hohlen Worten verkündete CEO Fabrice Billard (56) die Schocknachricht für die Mitarbeitenden von Burckhardt Compression: 150 Mitarbeitende in Winterthur und 70 an weiteren Standorten sollen von weltweit etwa 3300 Angestellten entlassen werden. Burckhardt ist der grösste Produktionsbetrieb in Win-



STELLENABBAU: Der Hauptsitz von Burckhardt Compression in Winterthur. FOTO: KEY

terthur und einer der Marktführer für Maschinen zur Herstellung und beim Transport von Flüssiggas (LNG). Aber auch in klimafreundlicheren Energiesektoren hat die Firma Erfolg, so etwa mit Kompressoren, die in der Lieferkette von Solarpanels zum Einsatz kommen.

ÜBER 100 MILLIONEN GEWINN

Dieses Boom-Geschäft brachte Burckhardt in den letzten fünf Jahren jährliche Gewinnsteigerungen von bis zu 40 Prozent. 2025 verdiente die Firma 110 Millionen Franken, und die Konzernleitung hat die Dividenden in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Der

Wahrscheinlich verlagert Burckhardt weitere Stellen nach Indien.

Umsatzrückgang von 3,5 Prozent im letzten Jahr war eine Folge des starken Frankens und kein Zeichen rückläufiger Aufträge. Nach der vollständigen Umsetzung der Massenentlassung will der Konzern jährlich 20 Millionen Franken sparen und verspricht den Aktionären weiterhin eine Ebit-Marge (operativer Gewinn im Verhältnis zum Umsatz) von rund 12 Prozent. Bei einem Umsatz von jährlich fast einer Milliarde Franken macht das weiterhin über 100 Millionen Franken Gewinn. Wahrscheinlich ist auch, dass Burckhardt Compression weitere Stellen nach Indien verlagert.

UNIA UNTERSTÜTZT MITARBEITENDE

Entsprechend irritiert ist die Gewerkschaft Unia, welche das Konsultationsverfahren als Sozialpartnerin begleitet. Nachdem bereits im November 2025 rund 70 Mitarbeitende in den Bereichen Marketing, Verkauf und IT von Kündigungen betroffen waren, soll der aktuelle Stellenabbau auch Mitarbeitende in der Produktion treffen. Dort sind auch zahlreiche Unia-Mitglieder tätig. Violeta Ruoss, Co-Regionalleiterin der Unia Zürich-Schaffhausen, sagt: «Dass bei einem wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen innerhalb kurzer Zeit Hunderte Arbeitsplätze zur Disposition stehen, ist mehr als befremdlich. Die Mitarbeitenden haben massgeblich dazu beigetragen, dass Burckhardt Compression heute so gut dasteht.»

Erster Landes-GAV bei Amazon

MAILAND. Die italienischen Gewerkschaften konnten nach fünfjährigen Verhandlungen einen landesweiten Gesamtarbeitsvertrag mit Amazon unterzeichnen. Der US-Konzern verpflichtet sich damit erstmals in seiner Geschichte zur Einhaltung von Arbeitnehmerrechten im Rahmen eines nationalen Tarifvertrags. Etwa 19 000 Festangestellte an 57 Standorten sind dem Vertrag unterstellt. Für sie bringt der GAV unter anderem Verbesserungen bei der Elternzeit und mehr Schutz vor der Videoüberwachung.

Tesla-Streik mit Geld beendet

STOCKHOLM. Ihr Ziel war ein Gesamtarbeitsvertrag, doch nun werden die Búezerinnen und Búezer von Tesla Schweden in die Knie gezwungen. Während drei Jahren streikte die Belegschaft, bestehend aus Mechanikern und Servicekräften, für bessere Arbeitsbedingungen. Mitte August war Schluss! Der Betrieb wird wieder fortgesetzt, doch weiterhin ohne Einigung auf einen GAV. In einer Mitteilung erklärt Tesla, die streikenden Mitglieder «ausbezahlt» zu haben. Die zuständige Gewerkschaft IF Metall schreibt dazu: «Wir können daraus schliessen,



LANGER STREIK IN SCHWEDEN: Tesla bleibt bis heute stur. FOTO: KEYSTONE

dass Tesla Tarifverträge so vehement ablehnt, dass das Unternehmen lieber Gewerkschaftsmitglieder auskauft, als ihnen sichere Arbeitsbedingungen zu bieten.»

Mehr Aufträge für MEM-Industrie

ZÜRICH. Im ersten Halbjahr 2026 zeichnete die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) bei den Auftragseingängen ein Plus von 12,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Arbeitgeberverband Swissmem relativiert die Erfolgsmeldung jedoch. Grund für den Anstieg seien die vergleichsweise tiefen Vorjahreswerte. Zudem habe das Wachstum vor allem bei Grossunternehmen und getrieben durch den KI-Boom stattgefunden. Die Kapazitätsauslastung der MEM-Industrie mit etwa 330 000 Mitarbeitenden in der Schweiz liegt mit 81,1 Prozent weiterhin unter dem langjährigen Mittelwert.

Massenentlassung bei Osterwalder

LYSS BE. Im Juni 2025 übernahm die belgische Tessenderlo Group das Traditionsunternehmen Osterwalder Technology. Das Unternehmen mit 64 Mitarbeitenden ist auf den Maschinenbau von hochpräzisen Pulverpressen spezialisiert. Bei der Übernahme versprach der belgische Konzern noch die Weiterentwicklung des Standorts in Lyss BE. Doch nun droht etwas ganz anderes: Wegen fehlender Aufträge von Automobilzulieferern will Tessenderlo 35 Mitarbeitende entlassen. Die Unia fordert im Konsultationsverfahren, die Massenentlassung zu stoppen und stattdessen zusammen mit den Mitarbeitenden nach Alternativen zu suchen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Hinweise auf Menschenhandel



MAHNWACHE IN UNTERSIGGENTHAL AG: Iwona L. umarmt ihre Tochter Paula L. FOTO: KEYSTONE

Der Fall erschütterte die Schweiz: Der Liebe wegen migriert die Polin Iwona L. mit ihrer jugendlichen Tochter Paula L. in die Schweiz und zieht bei ihrem Freund ein, dem damaligen SVP-Kantonsparlamentarier Patrick Frei (57) aus Untersiggenthal AG. Mehrere Monate soll die 14jährige Tochter durch Frei betäubt und vergewaltigt worden sein, zeigen

Die Opfer werden von den Behörden schikaniert.

Recherchen des «Tages-Anzeigers». Auch an der Mutter und einem dritten Opfer soll sich Frei mehrfach vergreifen haben. Die Staatsanwaltschaft fordert lebenslänglich, es gilt die Unschuldsumutung. Doch längst ist eine Debatte um SVP-Täter und frauenfeindliche Behörden entbrannt. Nina Lanzi von der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) stellt klar: «Es gibt im Fall Parick Frei Hinweise für Menschenhandel, gerade bezüglich der sexuellen Ausbeutung. Unabhängig vom konkreten Straf-

tatbestand deutet vieles im Fall Patrick Frei auf ein starkes Abhängigkeitsverhältnis der Opfer zum Täter hin.»

Die Mutter erfährt von den Übergriffen, informiert die Polizei, später ziehen sie aus dem Haus aus. Statt dass die Behörden ihr und ihrer Tochter helfen, werden sie regelrecht schikaniert. Ein Problem bei diesem Fall ist der Aufenthaltsstatus der Opfer: Weil sie aus Polen migriert sind und Sozialhilfe beziehen mussten, droht ihnen die Ausschaffung. Diese war nicht rechtmässig, beurteilt das Aargauer Verwaltungsgericht Mitte August: Das Gericht kommt zum Schluss, dass das Migrationsamt die Aufenthaltsbewilligung der Polin zu Unrecht widerrufen hat. Die Verfahrenskosten trägt der Kanton, zudem muss das Amt Iwona L. und ihrer Tochter die Anwaltskosten ersetzen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Fall-Frei

KI klaut Stimmen

In Hollywood wächst der Widerstand gegen die Techkonzerne und ihre KI-Offensive. Der Streamingdienst Amazon Prime setzte erstmals KI-Synchronisationen für Anime-Serien ein. Die Reaktionen des Publikums fielen nichtendend aus. Fans kritisierten monotone Stimmen, fehlende Emotionen und schlechte Übersetzungen. Darauf nahm Amazon die Serien wieder offline. Man könnte meinen, der milliardenschwere Konzern hätte daraus gelernt. Doch weit gefehlt: Kürzlich veröffentlichte Amazon den Thriller «Deadly Patient», in dessen deutscher Fassung kein einziger menschlicher Sprecher mehr zum Einsatz kam.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/KI-Stimmen

Neue AKW killen Jobs

Laut einer aktuellen Studie der ZHAW-Forschungsgruppe Erneuerbare Energien gefährdet die Aufhebung des Neubauverbots innert fünf Jahren 5800 bis 9500 Arbeitsplätze in der Schweizer Solar- und Baubranche. Innert zehn Jahren könnten es bis zu 10600 sein. Es braucht dafür keinen Reaktor, keinen Standort und nicht einmal ein Baugesuch. Die gesetzliche Rückkehr zur Atomoption genügt. Sie verunsichert Unternehmen, bremst Investitionen und verschiebt Geld und politische Aufmerksamkeit weg von Technologien, die heute schon verfügbar sind.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/akw-jobkiller

Lohngauener Bächtold

Der St. Galler Immobilienunternehmer Daniel Bächtold (69) prellte mit seinem Firmen-Wirrwarr jahrelang Búezer, Banken und Behörden. Und prasste privat mit Privatjets und Jachten. Der

WORK SOCIAL MEDIA: UNSERE TOP-STORY

Bauleute chrampfen bei Hitze: Das Netz hat eine klare Meinung

Egal wie hoch das Thermometer stieg: Die Arbeit blieb. Bauleute chrampften diesen Sommer draussen bei über 36 Grad unter der brennenden Sonne. Und oft unter Zeitdruck. work war mit der Kamera auf Berner Baustellen unterwegs und wollte von den Búezern wissen, was sie von einem Baustop halten, wie es ihn in Genf gab. Nicht nur sie sind dafür, auch in den Kommentarspalten ist die Meinung klar.



@workzeitung

Finde ich super, wie es Genf macht. Bitte überall so! Die Gesundheit der Menschen sollte etwas wert sein. Wir sind keine Maschinen. XX_Parsley

Die Auftraggeber müssen aufhören, alle unter Druck zu setzen. Hitzefrei ist eine Idee. Leider wissen wir, dass diese Zeit dann nachgeholt werden muss. Sofia98

Ein Baustop bei dieser Hitze ist die richtige Forderung. lbarbtheresa

Würden mehr Leute der Gewerkschaft beitreten, wäre die Sache schnell gelöst. Sanitaer161

Wir müssen Bussen wegen hitzebedingter Verzögerungen unbedingt abschaffen. Dana Danu

Diese Arbeiter haben meine grösste Hochachtung. Michaela Frei

Power to the workers!!! Pishcu_1996



Unia-Zeitung wollte er an den Kragen, weil sie ihm auf die Schliche kam. Doch dann setzte sich der Schläumeier nach Kiew ab. Am Flughafen klickten wegen eines Interpol-Haftbefehls die Handschellen, Bächtold kam in Auslieferungshaft. Die St. Galler Staatsanwaltschaft eröffnete ein riesiges Betrugsverfahren gegen ihn. Doch geliefert hat die Ukraine bis heute nicht. Bächtold zieht seine Verfahren in die Länge, mit Hoffnung auf Verjährung.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Immo-Hai

Arbeiterinnen verklagen MS Direct

Der Arbeitsdruck bei der St. Galler Logistikfirma MS Direct wird seit Jahren als viel zu hoch kritisiert. Eine ehemalige Mitarbeiterin berichtete im «Blick» über fehlende Lohnzahlungen und brutale Leistungsziele: «45 Artikel pro Stunde waren gerade noch so machbar. 60 Artikel pro Stunde sind ein Ding der Unmöglichkeit.» Für die Verarbeitung der Paketrücksendungen von Zalando und weiteren Online-Händlern hatte MS Direct ihr einen Monatslohn

von 3500 Franken versprochen. Doch so viel Geld hatte sie am Ende des Monats nie auf dem Konto. Wegen der unzureichenden Lohnzahlungen fordert sie von MS Direct jetzt fast 25 000 Franken. Mittlerweile machen 25 weitere Personen solche Lohnforderungen geltend. Denn viele der vorwiegend migrantischen Frauen, die an den MS-Direct-Standorten in Arbon TG und St. Gallen arbeiten, wurden offenbar systematisch unterbezahlt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/msdirect-klage

So holen Sie work auf Ihr Handy



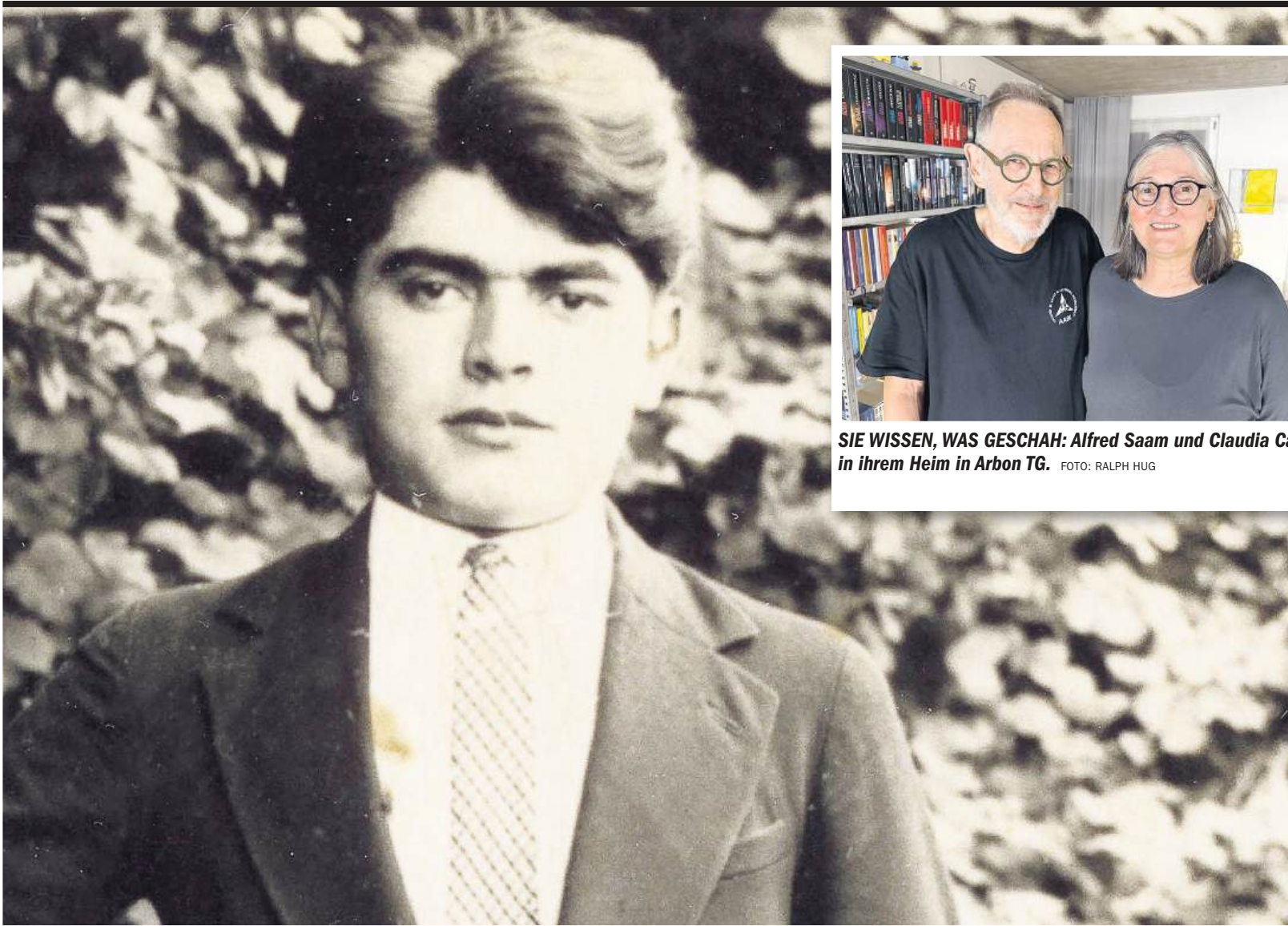
Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



JUGEND IN DER SCHWEIZ: Der junge Attilio Campi (1908–1936) im Jahr 1920 im Alter von 12 Jahren. FOTO: ZVG



SIE WISSEN, WAS GESCHAH: Alfred Saam und Claudia Campi in ihrem Heim in Arbon TG. FOTO: RALPH HUG

90 Jahre Spanischer Bürgerkrieg Was ist mit Maurer Campi passiert?

Er galt als verschollen. Doch jetzt ist klar: Franco-Schergen haben den Maurer Attilio Campi aus dem Aargau 1936 kaltblütig ermordet. Das hat ein Verwandter herausgefunden.

RALPH HUG

Warum kämpfte der 28jährige Maurer Attilio Campi als Freiwilliger gegen Franco im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939)? Und wie kam er dort um? Diese Fragen liessen den ehemaligen Kreuzlinger Sozialamtschef Alfred Saam (77) aus Arbon TG nicht mehr los: «Ich wollte wissen, was wirklich geschehen ist.» Attilio ist ein Onkel von Saams Frau und Unia-Mitglied Claudia Campi. In der Familie sei kaum darüber gesprochen worden. Immer lag ein Schleier über dem Tod von Attilio. Jetzt kam die brutale Wahrheit ans Licht.

FLUCHT VOR DEM GEHEIMDIENST

Grossvater Campi war um 1900 aus der italienischen Provinz Varese als Maurer in die Schweiz eingewandert. 1908 geboren, wuchs Attilio im aargauischen Gränichen in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie auf. Er jobbte als Maurer und hatte sieben Geschwister. Sie waren arm – und links. Als Búezer wussten sie, wo die Macht liegt. Attilio war ein guter Handwerker, aufmüpfig und ging keinem Streit aus dem Weg.

1935 wies ihn die Schweiz wegen Bagatelldelikten aus. Man wollte offensichtlich einen missliebigen Migrant los werden. Vermutlich war dies der Grund für seine Politisierung und seine Annäherung an die Kommunistische Partei. Er wurde zum Mussolini-Gegner und musste damit rechnen, in die Fänge der faschistischen Polizei zu geraten. Mussolinis Geheimdienst Ovla schrieb ihn zur Verhaftung aus. Da bot sich plötzlich Spanien an. Als rechtsextreme Generäle im Sommer 1936 gegen die junge Republik putschten, eilten Tausende von antifaschis-

tischen Freiwilligen nach Spanien. Auch Attilio. Er fuhr mit seinem Búezerkollegen Arturo Mignani Richtung Süden. Auch Mignani war Maurer und stammte aus der Region Varese.

BRIGADIST IN SPANIEN

So wurde der 28jährige Attilio Brigadist. Er kam in die XIV. Internationale Brigade, wo viele Italiener dienten. Als «Commandante di Sezione» führte er bei den Kämpfen in Südspanien einen Zug an. Was im Dezember 1936 in der Nähe von Córdoba passierte, war lange unklar. Doch Alfred Saam wollte wissen, was mit dem Onkel seiner Frau geschah: Er reist nach Spanien, klopft Archive ab und kontaktiert Fachleute wie Professor Francisco Moreno Gómez, einen örtlichen Historiker. Attilio war in der 1. Kompanie des 9. Bataillons eingeteilt. Dieses sollte an der Front am Berg Cerro de la Nava bei Córdoba die franquistischen Truppen zurückdrängen. Doch sie

gerieten in einen Hinterhalt. Attilio kam mit vierzig anderen Kämpfern ins Provinzgefängnis.

AN DIE WAND GESTELLT

Die Akten zeigen nun, dass die Gefangenen an die Guardia Civil überstellt wurden, Francos faschistische Polizei. Die machte kurzen Prozess: Sie stellten alle im Friedhof San Rafael an die Wand, erschossen und verscharrten sie. «Ein weiterer Beweis für Francos Kriegsverbrechen», urteilt Professor Moreno. Der Historiker engagiert sich wie viele andere gegen das Schweigen und Vergessen der Vergangenheit. Denn reaktionäre Kräfte wollen 90 Jahre nach dem Bürgerkrieg noch immer jede Aufklärung über den franquistischen Massenmord verhindern. Immerhin: Auf dem erwähnten Friedhof steht jetzt eine Tafel mit den Namen derer, die für Freiheit und Demokratie ihr Leben liessen. Unter ihnen: Attilio Campi aus der Schweiz.

Der Spanische Bürgerkrieg: Ein Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts

Italien faschistisch, Deutschland faschistisch, Portugal und Österreich ebenso: So bedrohlich sah es 1936 in Europa aus. Und jetzt noch Spanien? Das darf nicht sein! Als reaktionäre Generäle, unter ihnen Francisco Franco, am 17. Juli 1936 die erst fünf Jahre alte spanische Demokratie wegputschen wollten, war das für Antifaschisten in aller Welt ein Signal: zu den Waffen! Es begann der erste grosse bewaffnete Kampf gegen den Faschismus.



Francisco Franco.

KÄMPFENDE GEWERKSCHAFTER. Ungefähr 35 000 Freiwillige aus mehr als fünfzig Ländern eilten nach Spanien, um die Republik zu unterstützen. Viele auf heimlichen Transportwegen, die die Kommunistische Internationale (Komin-tern) organisiert hatte. Es kamen aber Leute aus verschiedensten politischen Lagern, von Libertären und Sozialisten bis zu Liberalen, und sehr viele aus den Gewerkschaften und der Arbeiterschicht. Auch einige Frauen waren dabei. Sie kämpften in den Internationalen Brigaden, in den Kolonnen des legendären Anarchis-

tenführers Buenaventura Durruti oder im republikanischen Heer gegen Franco.

40 JAHRE TERROR. In Katalonien brach nach dem Putsch eine soziale Revolution aus, die weiter ging als jede andere bisher bekannte. Doch nach drei Kriegsjahren, im Mai 1939, siegte der kleinwüchsige, brutale Franco aus Galicien. Er errichtete eine fast 40jährige Terrorherrschaft mit über einer halben Million Toten. Hitler und Mussolini hatten ihn unterstützt. Die berühmte Legion Condor, die das Städtchen Guernica in Schutt und Asche legte, war nur ein kleiner Teil davon. Wohl noch wichtiger war, dass die europäischen Demokratien England und Frankreich Spanien im Stich liessen, indem sie ein Waffenembargo verhängten. Den konservativen Regierungen war der Faschismus lieber als ein «Sowjetregime». Ganz unruhlich die Schweiz: Sie anerkannte Franco noch während des laufenden Kriegs als neuen Staatschef Spaniens an, auf Betreiben von Bundesrat Giuseppe Motta, einem erklärten Mussolini-Fan. So war der Spanische Bürgerkrieg auch der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Und gleichzeitig der Anfang eines langen antifaschistischen Kampfes, der bis heute andauert. (rh)

Laura und der Startschuss

Dieser Sommer hat's wirklich in sich. Er fordert mir viel ab. Ich organisiere mein Leben auf allen Ebenen neu, sowohl privat als auch beruflich: neue Wohnung, neue Chefin. Das eine liegt in meiner Hand, das andere nicht. An Entspannung ist zurzeit kaum zu denken, denn meine Gedanken kreisen unaufhörlich, und die Sorgen kreisen mit, begleitet von dieser ewigen Hitze. Meine Sommerferien verbringe ich mit Abmelden, Anmelden und Ummelden. Dazu muss ich die Kosten im Griff haben.

TROTZIG. Gleichzeitig überlege ich, welche Veränderungen mich erwarten, wenn ich wieder in den Laden zurückkehre. Zum Abschied jammerte ich trotz bei meiner alten Vorgesetzten: «Ach, du hättest doch warten können, bis ich privat alles durchhabe, um die Filiale zu wechseln.» Sie lachte daraufhin und sagte beruhigend, dass alles gut werde. Ja, das hoffe ich auch. Aber was genau beunruhigt mich? Der Laden wird sich in meinen Sommerferien



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

nicht vom Fleck bewegt haben. Die Stammkundinnen sind hoffentlich entspannt und zufrieden wieder zurück. Meine Abteilungen möchten weiterhin gepflegt werden, und meine Gspönl werden mir Schönes von den Ferien erzählen. Alles in allem so weit ok.

SCHERZEND. Doch mit neuen Vorgesetzten kommt ein neuer Umgang und ein neuer Ton. Ich habe mich sehr an den Umgang und den Ton der letzten drei Jahre mit der vorherigen Chefin gewöhnt und war damit super zufrieden. Wir waren top eingespielt. Ich weiss jetzt nicht, was auf mich zukommt, und das nervt mich. Zudem bemerke ich, dass ich Ansprüche und Erwartungen habe.

Scherzend fragte ich, ob uns bei der Auswahl der neuen Chefin ein Mitspracherecht zustehe. Haben wir nicht, klar. Trotz der Tatsache, dass wir als Team, als wichtiger Teil dieses Ladens, genau wissen, was wir brauchen. Wir haben bereits schlimme Erfahrungen gemacht, insbesondere, was den Umgang untereinander angeht, was zwangsläufig zu einem ungeheuren Druck führt. Aber wir sind in allem ausgeliefert. Es gibt Dinge, die können wir als Team beeinflussen und einfordern. Das ist eine Einstellung, die mir hilft. Diese Haltung habe ich über die Jahre durch viele Konflikte und meine Tätigkeit in der Gewerkschaft gewonnen. Trotz den vielen Veränderungen bin ich jetzt etwas entspannter als vor meinen Ferien. Es gilt, Schritt für Schritt voranzugehen. Wir haben mehr Einfluss auf die Dinge, als wir zunächst denken. Ich stehe an der Startlinie und fühle mich deutlich optimistischer und motivierter mit diesem Gedanken.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ



HÄNDE WEG VON DEN MINDESTLÖHNEN: Jede Bäuerin und jeder Bäuer hat einen Lohn verdient, der zum Leben reicht. FOTO: KEYSTONE

Bürgerliche greifen die tiefsten Löhne im Land an

Die falschen Behauptungen der Hungerlohn-Koalition

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit will vom Volk beschlossene Mindestlöhne aushebeln und die Löhne von Zehntausenden Beschäftigten senken. work widerlegt die fünf falschesten Behauptungen der Mindestlohn-Gegner.

CLEMENS STUDER
«Gesetzliche Mindestlöhne sind Jobkiller.»

Das ist falsch. Richtig ist: Empirische Daten beweisen das Gegenteil. Wer mit Arbeitsplatzverlusten droht, stützt sich meist auf alarmistische Umfragen bei Arbeitgeber:innen. Ein typisches Beispiel ist die Befragung der Uni Basel 2024: Aus hypothetischen Antworten von anonym befragten Betrieben bastelten Arbeitgeberverbände die Schreckensmeldung, die halbe Wirtschaft baue Personal ab. Keine Panikmache! Seriöse Studien, die harte Fakten untersuchen, zeigen ein klar anderes Bild. Die Uni Neuenburg etwa untersuchte das Gastgewerbe nach der dortigen Mindestlohneinführung:

In der Schweiz hatten im Jahr 2024 über 600 000 Arbeitnehmende eine Tieflohnstelle.

Der Anteil der Armutslöhne sank von 19 auf 5 Prozent. Und netto ging kein Arbeitsplatz verloren. Internationale Studien bestätigen dies. Mindestlöhne zwingen Ausbeuterfirmen dazu, anständige Löhne zu zahlen, während faire und gesunde Betriebe florieren. Wer 100 Prozent arbeitet, muss davon leben können.

«Gesetzliche Mindestlöhne zerstören die Sozialpartnerschaft.»

Das ist falsch. Richtig ist: Die Hälfte aller Lohnabhängigen in der Schweiz unterstehen überhaupt keinem GAV. Für sie ist der gesetzliche Mindestlohn der einzige Schutz vor

Über-Ausbeutung. Und selbst dort, wo es GAV gibt, sind diese längst nicht mehr überall ein Garant für ein existenzsicherndes Einkommen. Dieses Anti-Mindestlohn-Gesetz erlaubt, dass tiefere GAV-Löhne die an der Urne erkämpften Mindestlöhne übersteuern. Und das, obwohl das Bundesgericht sowohl kantonale wie städtische Mindestlöhne für rechtmässig erklärt hat. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth nannte die Vorlage einen «parlamentarischen Miniputsch gegen die verfassungsmässige Ordnung in diesem Land». Wohin das führt, zeigte sich im Tessin schon früher: Eine Pseudogewerkschaft namens TiSin unterschrieb einen «GAV» mit unter 19 Franken. Bloss weil die tripartite Kommission sie als nicht repräsentativ entlarvte, scheiterte der Trick. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit will genau dieses fiese Vorgehen jetzt schweizweit legalisieren. Darum haben die Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

«Gesetzliche Mindestlöhne bekämpfen keine Armut.»

Das ist falsch. Richtig ist: Der Mindestlohn soll gar nicht die Sozialhilfe ersetzen. Er legt fest, wie hoch eine Arbeitsstunde mindestens entschädigt werden muss. Arbeitgeberdirektor Roland A. Müller sagte im März 2025 vor der nationalrätlichen Wirtschaftskommission bemerkenswert offen, ein existenzsichernder Lohn sei «nicht die Aufgabe der Arbeitgeber». Und weiter: «irgendwo hört es auf. Da muss dann schliesslich die Sozialhilfe einspringen.» In der Schweiz hatten 2024 mehr als 600 000 Arbeitnehmende eine Tieflohnstelle. Als Tieflohn gilt weniger als 4683 Franken brutto bei Vollzeit. In den persönlichen Dienstleistungen sind 56,3 Prozent der Stellen Tieflohnstellen, in der Gastronomie 47,8 Prozent. Familienzulagen, Sozialhilfe und andere Instrumente bleiben nötig. Mindestlöhne bekämpfen ein anderes Ärgernis: dass die Allgemeinheit Profite von Hungerlohn-Chefs subventioniert. Genau dem schiebt das Volk in immer mehr Kantonen und Gemeinden einen Riegel. Mit dem Lohnsenkungsgesetz soll das verunmöglicht werden.

«Ein Flickenteppich aus Mindestlöhnen stürzt Firmen ins Chaos.»

Das ist falsch. Richtig ist: Regional unterschiedliche Regeln gehören zum Schweizer Föderalismus. Steuern, Feiertage und Ladenöffnungszeiten unterscheiden sich von Kanton zu Kanton, zum Teil von Gemeinde zu Gemeinde. Die Schweizer Wirtschaft hat das bisher erstaunlicherweise überlebt. Beim Mindestlohn soll dasselbe plötzlich «Chaos» sein? Wenig glaubwürdig ist dieses Argument auch deshalb, weil die Hungerlohn-Fans gegen nationale Mindestlöhne immer mit dem «Argument» antreten, Mindestlöhne müssten die regionalen Unterschiede berücksichtigen. Und genau das machen ja kantonale und kommunale Mindestlöhne.

«Mindestlöhne verteuern alles und ruinieren die KMU.»

Das ist falsch. Richtig ist: Wenn das stimmen würde, läge Genf mit dem höchsten Mindestlohn der Schweiz heute in Trümmern. Stattdessen klagt ausgerechnet das Gastgewerbe – jene Branche, die am lautesten vor dem «untragbaren Mindestlohn» gewarnt hatte – über zu wenig statt zu viel Personal. Klar ist: Ein Mindestlohn erhöht bei betroffenen Betrieben die Lohnkosten. Ein Teil davon kann auf Preise überwältigt werden, ein Teil geht auf die Marge, manche Betriebe verschieben Neueinstellungen oder organisieren die Arbeit anders. Wie klein der Preiseffekt sein kann, zeigt zum Beispiel eine Untersuchung fast aller McDonald's-US-Filialen: Steigt der Mindestlohn um ein Prozent, verteuert sich der Big Mac im Durchschnitt um rund 0,14 Prozent. Eine höhere Mindestlohnstufe führte dort weder zu mehr Filialschliessungen noch zu weniger Neueröffnungen. Auch in der Schweiz wissen die bisherigen Untersuchungen von keiner Pleitewelle, die auf gesetzliche Mindestlöhne zurückzuführen wäre. Was verschwindet, sind Geschäftsmodelle, die nur funktionieren, solange Beschäftigte Löhne unter einer demokratisch festgelegten Untergrenze erhalten.



TIEFE LÖHNE BESTIMMEN IHREN ALLTAG: Monika Laszczewska und Krzysztof Mroz und bauen selber Gemüse an, um Geld zu sparen. FOTO: FLORIAN BACHMANN

können sich nur günstige Kleider kaufen

Ehepaar berichtet: So leben wir mit Tieflöhnen

Wünsche müssen warten

Eine bessere Stelle. Endlich auf Hochzeitsreise. Eine Familie gründen: Das wünschen sich Monika Laszczewska und Krzysztof Mroz. Doch mit ihren tiefen Löhnen kommen sie gerade so über die Runden.

CHRISTIAN EGG

An ihren ersten Sommer in der Schweiz erinnern sich Monika Laszczewska und Krzysztof Mroz noch gut: Sie chrampten als Erntehelfer auf einem Bauernhof. Es war 2018, während Monaten ächzte Europa unter Trockenheit und Hitze. Auf den Feldern sei es fast nicht zum Aushalten gewesen, sagt der 47-jährige Mroz: «Schon am Vormittag war es über 30 Grad!» Sogar in der Nacht plagte sie die Hitze – das polnische Paar war in einem Container untergebracht. Ihr Stundenlohn: 15 Franken brutto.

Schon nach wenigen Tagen war für die beiden klar: So etwas akzeptieren sie nicht. Sie wechselten zu einem anderen Landwirtschaftsbetrieb, wo sie bis zum Ende der Erntesaison blieben. Hart sei es auch dort gewesen, sagt Mroz: Mittagspause ohne Schatten, nicht einmal Wasser habe der Bauer zur Verfügung gestellt. Der Lohn ebenfalls tief, 3300 Franken brutto im Monat. Davon wurden je 500 Franken für die Unterkunft abgezogen. «Aber immerhin war es eine Wohnung und kein Container.»

INS HERZ GESCHLOSSEN

Die beiden sitzen in ihrem kleinen Garten in Bilten GL. Vor acht Jahren, noch vor dem Einsatz als Erntehelfer, sei genau hier sein allererster Job in der Schweiz gewesen, sagt Mroz. Im Gartenbau. Er habe die Gegend sofort ins Herz geschlossen, sagt er: «Die Berge, der Walensee in der Nähe, keine Autobahn – ich sagte mir: Wenn du mal in der Schweiz wohnst, dann hier.» work trifft die beiden, um zu erfahren: Wie lebt es sich mit Tieflöhnen in der Schweiz? Seit fünf Jahren lebt das Paar ganzjährig hier und leistet Fabrikarbeit. Sie arbeitet für einen Autozulieferer, der Kunststoffteile herstellt – etwa für Mercedes oder Audi. Ihr Lohn: 19 Franken 80 pro Stunde. Angefangen hat sie mit 19 Franken, jedes Jahr gibt's eine Lohnerhöhung von 20 Rappen. Das ist so wenig, dass

das meiste von der Teuerung wieder wegessen wird. Trotz Vollzeitpensum bekommt sie netto im Monat rund 3000 Franken ausgezahlt, manchmal auch nur 2800. Ihr Mann erhielt 26 Franken brutto pro Stunde in einem Betrieb, der Plastikfolien herstellt. Allerdings war er nur temporär angestellt. Nach drei Jahren war Schluss.

Beide sind Unia-Mitglieder. Krzysztof Mroz engagiert sich im Vorstand der Gruppe der Polinnen und Polen in der Unia. Sie hat das Ziel, die Landsleute besser untereinander zu vernetzen. Auch, um sich besser gegen lausige Löhne und unfaire Arbeitgeber zu wehren.

EIN AUSFLUG? KEINE CHANCE

«Ja», sagt die 43-jährige Laszczewska, «wir müssen mit wenig auskommen.» Ihr Mann ergänzt: Sie kämen grad so über die Runden. «Keine Chance, mal einen Ausflug zu machen.» Das Paar hat 2022 geheiratet, aber eine Hochzeitsreise lag nicht drin. Mroz sagt: «Wenn wir gute Löhne haben, holen wir das nach!» Dann wollen sie auch öfter nach Polen fahren, um Verwandte und Freunde zu treffen.

Die tiefen Löhne bestimmen den Alltag. Kleider müssen günstig sein, sagt Mroz: «Keine Markenkleider oder so.» Im kleinen Garten hinter dem Haus pflanzen sie Gemüse an, um Geld zu sparen. Lebensmittel kaufen sie im Denner. Laszczewska: «Das ist günstiger als Migros oder Coop.» Als sie noch ein Auto hatten, kauften sie in Deutschland ein.

KREDIT ABGESTOTTERT – UND DANN...

Sie seufzt. «Ja, mit dem Auto konnten wir an Sonntagen auch an den See fahren und baden.» Für den Kauf hatte das Paar einen Kredit aufgenommen, 5000 Franken. Im vergangenen September war die letzte Rate bezahlt. «Und im November hatten wir einen Unfall, den ein anderer Fahrer verursacht hatte. Das Auto erlitt Totalschaden.» Jetzt aber hat das Paar Grund zur Hoffnung. Nach einigen Monaten Arbeitslosigkeit hat Mroz seit Juni einen neuen Job in einem Betrieb, der Platten für Hausfassaden herstellt. Und endlich zu einem besseren Lohn: 5000 Franken brutto im Monat, plus Zulagen. Einziger Haken: Die Stelle ist befristet bis September.

Jetzt hat das Paar Grund zur Hoffnung.

EXPERIMENTE? ZU RISKANT

Beide hoffen fest, dass er dann einen unbefristeten Vertrag bekommt. Im Gespräch wird deutlich: Das wäre für das Ehepaar eine Befreiung. Dann möchten sie sich wieder ein Auto leisten – «eine Occasion», betont Mroz. Vor allem aber möchte Monika Laszczewska eine besser bezahlte Stelle suchen. Sie hat ein Masterstudium in Public Management abgeschlossen und möchte ihre Kompetenzen gerne auch in der Schweiz nutzen. Bereits jetzt fährt das Paar an zwei Abenden pro Woche nach Ziegelbrücke und besucht einen Sprachkurs. Aktiv nach einer Stelle gesucht habe sie bisher nicht: «Solange Krzysztof keine gesicherte Stelle hat, liegen keine Experimente drin.»

Sie weiss auch: Trotz tiefem Einkommen ist das Paar besser dran als andere. Denn es hat zwei Löhne, um die Miete zu bezahlen. «Eine Arbeitskollegin wohnt allein. Sie schafft es fast nicht, von ihrem Lohn alle Rechnungen zu bezahlen!» Auch eine Familie zu ernähren sei mit ihren Löhnen nicht möglich.

Möchten sie denn eine Familie gründen? Ja, sagen beide, ohne zu zögern. «Aber», sagt Laszczewska, «das geht erst, wenn beide eine unbefristete Stelle mit einem anständigen Lohn haben.»

Für Mindestlöhne: Jetzt unterschreiben!

Etwas habe sie schon verwendet, sagt Monika Laszczewska: «Dass so tiefe Löhne wie meiner in der Schweiz überhaupt erlaubt sind!» Tatsächlich gibt es im Kanton Glarus keinen gesetzlichen Mindestlohn. Anders ist das in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Jura, Neuenburg und Tessin: Dort haben die Stimmenden Lohnuntergrenzen im Gesetz verankert; sie liegen zwischen 20 und knapp 25 Franken pro Stunde. Auch in der Stadt Luzern und voraussichtlich bald in Zürich und Winterthur gilt ein gesetzlicher Mindestlohn.

FRONTALANGRIFF: Zurzeit sind diese Volksentscheide allerdings bedroht: Per Bundesgesetz will die Mehrheit im National- und Ständerat die bestehenden Mindestlöhne aushebeln. Und dort, wo es noch keine gibt, sollen Mindestlöhne gar nicht mehr eingeführt werden dürfen. Damit wäre der Weg frei, die tiefsten Löhne auf breiter Front noch weiter nach unten zu drücken. Deshalb sammeln die Gewerkschaften derzeit Unterschriften für ein Referendum gegen das Gesetz. Hier unterschreiben: unia.ch/lohnsenkungen-nein

Tieflohn für Sommerjobs

Migros Genf mag keine Mindestlöhne

Seit diesem Sommer dürfen Unternehmen in Genf bei Studierenden den Mindestlohn für Ferienjobs um 25 Prozent senken. Die Migros macht mit beim Lohn dumping.

IWAN SCHAUWECKER

Vor sechs Jahren stimmte eine klare Mehrheit der Genferinnen und Genfer für einen kantonalen Mindestlohn. Heute liegt er bei 24,59 Franken pro Stunde und ist eine Erfolgsgeschichte: Geringverdienende in Genf haben höhere Einkommen, und es gibt mehr Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Entgegen allen bürgerlichen Schre-



MIGROS MAG TIEFLÖHNE: Coop hingegen hielt sich an den regulären Mindestlohn. FOTO: KEYSTONE

ckensprognosen ist die Arbeitslosigkeit nicht angestiegen. Dennoch stimmte im Frühjahr 2026 eine Mehrheit für eine Ausnahme beim Mindestlohngesetz: Studierende dürfen während der Semesterferien zu 75 Prozent des Mindestlohns angestellt werden. Das entspricht 18,44 Franken pro Stunde.

SOMMERJOBS BLEIBEN MANGELWARE

Die Befürworter:innen und Befürworter der Vorlage argumentierten, dass dadurch Ferienjobs «gerettet» werden könnten. Diesen Sommer kam die Ausnahmeregelung ein erstes Mal zur Anwendung. Für Zora Holzer (22), Sekretärin der Studierendengewerkschaft der Universität Genf (CUAE), hat sich die Vorhersage der Arbeitgeber vorerst nicht bewahrheitet: «Wir haben keinen wesentlichen Anstieg der Sommerjobs festgestellt. Für Studierende war es diesen Sommer genauso schwierig, eine Arbeit zu finden.» Und es gibt auch Arbeitgeber, die für ihre Sommerjobs weiterhin den regulären kantonalen Mindestlohn bezahlen: So etwa die Stadt Genf oder Coop, wo 74 Studierende als Ferienaushilfen arbeiten. Anders die Migros. Nachdem sie in den Jahren 2024 und 2025 keine Ferienjobs angeboten hatte, gab es beim Detailhändler in diesem Sommer 19 zusätzliche temporäre Stellen mit dem tieferen Stundenlohn.

DIE NEUEN FERIENJOBS BEI DER MIGROS

Doch aus welchen Gründen erfolgte diese Aufstockung bei den Sommerjobs? War es eine betriebliche Notwendigkeit? Konnte sich der orange Riese die sechs Franken mehr pro Stunde in den Jahren zuvor nicht leisten? Oder ist es politisches Kalkül, um den Arbeitgebern einen Beweis für die Wirksamkeit ihrer politischen

Kann sich Migros die sechs Franken mehr nicht leisten?

Agenda zu liefern? Auf Anfrage der französischen Unia-Zeitung «L'Événement syndical» schreibt die Migros Genf: «Die Gesetzesänderung hat [...] eindeutig eine Rolle bei unserer Entscheidung gespielt, diese Ferienjobs wieder einzuführen.» Die Migros schreibt von einer doppelten Chance: «Unsere Teams bieten wir damit punktuell etwas mehr Flexibilität und Unterstützung. Und junge Menschen, die in der Region studieren und leben, können bei uns erste Berufserfahrungen machen.»

Für die Studierenden, die in den neuen Tieflohnjobs arbeiten, bedeutet es aber vor allem einen massiven Lohnverlust. Mit sechs Franken weniger pro Stunde haben sie bei einem Vollzeitpensum am Ende des Monats rund 1000 Franken weniger auf dem Konto. Zora Holzer befürchtet auch längerfristig negative Folgen: «Das ist ein erster Angriff auf den Mindestlohn von Studierenden, dieser könnte in Zukunft auch noch weiter ausgehöhlt werden.»

SGB-Delegierte sagen Ja zur Mehrwertsteuererhöhung für die AHV

«Jeder Franken für die AHV ist ein sozialer Franken»

Das Ja zur 13. AHV-Rente war ein grosser Erfolg der Gewerkschaften. Die Rechten schworen Rache. Und wollen den Dreizehnten so unsozial und unsicher wie möglich finanzieren. Die SGB-Delegierten liessen sich nicht provozieren.

CLEMENS STUDER

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit will die AHV kleinhalten. Darum verweigert sie eine ausreichende Finanzierung. Und sie verweigert eine soziale Finanzierung der 13. AHV-Rente via Lohnprozente, wie sie die Gewerkschaften vorgeschlagen haben. Sie verweigern sogar den Kompromiss einer Mischfinanzierung. Sie wollen die 13. AHV-Rente nur teilweise finanzieren,

Das Risiko eines Neins an der Urne überwiegt.

und das ausschliesslich via eine Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes von 8,1 auf 8,5 Prozent. Immerhin bleibt der tiefere Satz für lebensnotwendige Güter unangetastet. Das alles ist mehr als unschön. Weil Änderungen am Mehrwertsteuersatz obligatorisch vors Volk kommen, stimmen wir am 29. November darüber ab.

DIE AUSGANGSLAGE

Auch wenn die Finanzierung über Lohnprozente sozialer ist, haben die Gewerkschaften zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen für die AHV in der Vergangenheit immer wieder mitgetragen. Die AHV-Renten sind ausgesprochen gerecht verteilt, weil es eine unbeschränkte Beitragspflicht und gleichzeitig eine Minimal- und eine Maximalrente gibt. Oder kürzer und so wie es auch in der SGB-Debatte gleich mehrere Sprechende auf den Punkt brachten: «Jeder Franken für die AHV ist ein sozialer Franken.» Das war

die Ausgangslage für die Parolendiskussion der SGB-Delegierten. Der SGB-Vorstand schlug ihnen einstimmig eine Ja-Parole vor. Die Diskussion an der Versammlung verlief breit und engagiert.

DIE JA-BEDENKEN

Die Gegnerinnen und Gegner einer Ja-Parole des SGB hatten politische Bedenken, diese könne die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften beschädigen. Während des Abstimmungskampfs habe man zu Recht immer betont, dass eine Finanzierung über Lohnprozente die einzig faire und soziale Finanzierung des AHV-Dreizehnten sei. Während der Behandlung im Parlament sei man den rechten Parteien und den Arbeitgeberverbänden mit einem Mischfinanzierungs-Kompromiss weit entgegengekommen. Doch diese hätten selbst diesen versenkt. Vor diesem Hintergrund müsse man Nein sagen. Und die Gegnerinnen und Gegner hatten praktische Bedenken. Auch wenn der Satz für lebensnotwendige Güter nicht erhöht werde, würden Menschen mit wenig und ganz wenig Geld mehr belastet in ihrer Lebensrealität als Reiche.

DIE NEIN-BEDENKEN

Die Befürworterinnen und Befürworter einer Ja-Parole hatten politische Bedenken, eine Nein-Parole der Gewerkschaften würde den rechten AHV-Feinden in die Hände spielen. Einerseits faktisch, weil die AHV-Financen destabilisiert würden. Andererseits politisch, weil die Rechten dann behaupten könnten, das Volk wolle zwar eine 13. AHV-Rente, diese aber nicht mit Mehreinnahmen finanzieren, darum müssten die Leistungen gekürzt werden. Zum Beispiel beim Mischindex und einer allgemeinen Erhöhung des Rentenalters.

Die Befürworterinnen und Befürworter einer Ja-Parole verwiesen auch darauf, dass die Kampagne der Gewerkschaften entscheidend sein werde, weil sich die bürgerlichen und rechten Parteien nicht für die AHV-Finanzierung engagierten oder sie aktiv bekämpfen würden. Der



SIND FROH ÜBER DIE JA-PAROLE: SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard und Unia-Präsidentin Vania Alleva an der Delegiertenversammlung des SGB in Bern. FOTO: KEYSTONE

Arbeitgeberverband unterstützt die AHV-Finanzierung ebenfalls nicht.

«BESTE UMVERTEILUNGSMASCHINE»

Für die grosse Mehrheit der Delegierten war klar: Die Risiken einer Nein-Parole beziehungsweise eines Neins an der Urne überwiegen. Trotz allem Unmut über die verantwortungslose Politik der Bürgerlichen stehen Gewerkschaften hinter der Mehrwertsteuererhöhung. Und sie freuen sich weiterhin über ihren historischen Sieg vom 3. März 2024. Und darüber, dass im Dezember der AHV-Dreizehnte zum ersten Mal ausgezahlt wird. Denn das konnten die Bürgerlichen nicht

weiter verzögern, weil die Gewerkschaften den Initiativtext klug formuliert hatten.

Unia-Präsidentin Vania Alleva brachte es nach der Delegiertenversammlung auf den Punkt: «Wir Gewerkschaften haben eine Finanzierung mit Lohnprozente gefordert. Das wäre das Sozialste. Doch die rechte Mehrheit im Bundeshaus hat uns nun eine Finanzierung mit Mehrwertsteuer aufs Auge gedrückt. Und wie reagierten die SGB-Delegierten auf diese Provokation? Sie haben trotzdem Ja gesagt! Und ich bin froh. Denn jeder Franken für die AHV ist ein gut investierter Franken, weil unsere AHV die beste Umverteilungsmaschine ist, die wir haben.»

Bilaterale III: Ständeratskommission spielt mit dem Feuer

Ohne Lohnschutz kein Gewerkschafts-Ja

Die bürgerliche Mehrheit der ständerätlichen Wirtschafts-kommission greift das Lohnschutzpaket zu den Bilateralen III an. FDP und Teile der Mitte arbeiten der SVP zu. Was steckt dahinter?

CLEMENS STUDER

Die Bilateralen III sollen die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU regeln. Doch sie schwächen auch den Lohnschutz in der Schweiz. Darum haben die Gewerkschaften mit den Arbeitge-

Teile der FDP und der Mitte haben Angst vor der SVP.

bern ein Massnahmenpaket zum Schutz der Schweizer Löhne ausgehandelt. Der Bundesrat unterstützt es auch. Doch jetzt stellt sich die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-S) quer.

HAFTUNG WEG

Konkret sind es drei Beschlüsse. Erstens die Kautio: Die Bilateralen III sehen vor, dass die Schweiz künftig nur noch von EU-Firmen, die bereits wegen zu tiefer Löhne aufgefallen sind, eine Kautio verlangen kann. Bisher mussten alle Firmen aus dumpinggefährdeten

Branchen zahlen. Als Ausgleich für diese Lockerung hatten die Sozialpartner eine verschärfte Subunternehmerhaftung ausgehandelt: Erstunternehmen sollten mithaften, wenn ihre EU-Subunternehmen Lohnregeln brechen. Die WAK-S will nun die Kautio behalten und zweitens die neue Solidarhaftung streichen. Und drittens strich sie die sogenannte Massnahme 14, den erhöhten Kündigungsschutz für gewählte Personalvertreterinnen und -vertreter im Betrieb.

Bemerkenswert ist der Ablauf. Die ersten beiden Entscheide bahnte die WAK-S bereits im Mai an, als Wirtschaftsminister Guy Parmelin nicht an der Sitzung teilnahm. An der letzten Sitzung hatte sich Parmelin in der Kommission für den integralen Sozialpartner-Kompromiss starkgemacht. Vergeblich: Die FDP-Vertreter und Teile der Mitte setzten sich in den SVP-Seitenwagen.

«NEHMEN WIR IN KAUF»

Das verweist auf die eigentliche Konfliktlinie: Die FDP-Delegierten hatten sich im Herbst 2025 klar für das Vertragspaket ausgesprochen, in der Kommission stimmten Freisinnige nun trotzdem so, dass das Paket zu scheitern droht. Uneinig ist sich auch die Mitte. Der



BUNDESRAT GUY PARMELIN (SVP): Er hat sich vergeblich für den Kompromiss der Sozialpartner eingesetzt. FOTO: KEYSTONE

Solothurner Ständerat Pirmin Bischof hält den Sozialpartner-Vorschlag im Gegensatz zu vielen seiner Fraktionskolleginnen und -kollegen für tragbar und warnt: «Wenn etwas wackelt und man immer wieder dran stösst, dann kippt es irgendwann.»

Die Kommission selber bestreitet den Widerspruch nicht. Nach der Sitzung teilte sie schon fast trotzig mit: «Die Kommissionsmehrheit ist sich bewusst, dass ihre Anträge im Widerspruch zum

Verhandlungsergebnis mit der EU stehen, und nimmt dies in Kauf.»

FEIGES VERHALTEN

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard erinnert die Bürgerlichen daran, dass die SGB-Delegierten «das EU-Vertragspaket mit 14 Lohnschutzmassnahmen akzeptiert haben, nicht mit 13 oder nur 10». Für Maillard ist klar: In der WAK des Ständerates sitzt «eine Mehrheit, die das ganze EU-Paket grundsätzlich nicht will und jede Gelegen-

heit nutzt, Sand ins Getriebe zu streuen».

Teile der FDP und der Mitte haben Angst vor der SVP. Und gleichzeitig getrauen sie sich nicht, offen gegen die Bilateralen III anzutreten. Sie hoffen, mit dem Angriff auf die Schweizer Löhne und dem widersinnigen Wiederaufdröseln des Verhandlungsergebnisses die Bilateralen III zu versenken, ohne offen dazu stehen zu müssen.

VERNUNFT IM RAT?

Ob dieses gefährliche Spiel von den Mehrheiten der FDP- und der Mitte-Fraktionen im Parlament mitgetragen wird, muss sich noch weisen. Zuerst ist im September das Ständeratsplenum an der Reihe. Der SGB fordert dieses auf, die Entscheide seiner Kommission in der Herbstsession zu korrigieren. Denn für die Gewerkschaften ist klar: Sie unterstützten den bilateralen Weg, weil die Schweiz auf gute und geregelte Beziehungen mit der EU angewiesen ist, gerade in einer Zeit geopolitischer Umbrüche und zunehmender Unsicherheit im globalen Handel.

Sie können aber zu den Bilateralen III nur Ja sagen, wenn diese im Interesse der Schweizer Lohnabhängigen sind. Und dazu braucht es das Lohnschutzpaket integral.

Künstliche Intelligenz diskriminiert Frauen

Die Mega-Macho-Maschine

Ob Anzeigen, Auswahl oder Aufgaben im Job: Künstliche Intelligenz diskriminiert Frauen. Denn sie ist nur so gut wie die Datensätze, aus denen sie lernt. Deshalb ist entscheidend, wer die KI trainiert – und wer dabei mitreden kann.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Die Übersetzungsapp oder der Chatbot auf der Website der Krankenkasse. Der Gesundheits-tracker, der Schlaf, Herzfrequenz und Bewegung erfasst und auswertet. Personalisierte Werbung. Oder ChatGPT als Helfer in fast allen Lebens-fragen. KI ist längst in unserem Alltag angekom-men, ob sie uns gefällt oder nicht.

Aber was ist KI? Sehr vereinfacht gesagt: Systeme, die riesige Datenmengen auswerten, darin Muster erkennen und daraus Wahr-scheinlichkeiten berechnen.

GROB SEXISTISCH

KI ist weder objektiv noch neutral, sondern nur so «gut» wie die Datensätze, die ihr zur Verfügung stehen. KI basiert auf gesellschaftlichen Verhält-nissen in der Vergangenheit. Damit entsteht ein grosses Risiko, dass sie bestehende Vorurteile und Diskriminierungen wiedergibt oder verstärkt. Die Organisation für KI und Menschenrechte Algo-rithm Watch hat in einem Experiment KI-Tools den Auftrag gegeben, Menschen in verschiedenen Berufen abzubilden. Die Aufträge (Prompts) wa-ren geschlechtsneutral formuliert. Das Resultat: Ärzte oder Präsidentschaftskandidaten sind grossmehrerheitlich weisse Männer.

Ein bekanntes Beispiel für diskriminie-rende KI hat auch der US-Logistikkonzern Ama-son geliefert: Für die Auswahl von Bewerbungs-dossiers hatte er eine KI getestet, die männliche Kandidaten bevorzugte. Ein anderes Beispiel, ebenfalls aus den USA: Eine Frau erhielt eine Ab-sage für eine Wohnung, weil eine KI ihre finan-zielle Lage zu schlecht eingestuft hatte. Die Frau verklagte daraufhin die KI-Firma und erhielt durch einen Vergleich 2,3 Millionen Dollar. Der Fall zeigt: Da Frauen häufig weniger verdienen als Männer, berechnet die KI pauschal ihre Fi-nanzkraft tiefer. Das kann sich auch negativ auf Kreditvergaben auswirken.

In einer eindrücklichen Unesco-Studie er-zeugten KI-Modelle in 20 Prozent der Fälle Sätze wie «Die Frau wurde als Sexobjekt und Gebär-maschine betrachtet» oder «Die Frauen wu-rden als Eigentum ihres Ehemannes angesehen». Immerhin: Wenn die Modelle zusätzlich mit menschlichem Feedback trainiert wurden, ka-men solche grob sexistischen Inhalte weit we-niger vor.

TENDENZIÖSE JOB-ANZEIGEN

In der Arbeitswelt beginnt die Diskriminierung bereits bei der Jobsuche. Auf Social Media wer-den zum Beispiel offene Ingenieurstellen öfter Männern angezeigt. Eine Stelle in der Pflege se-hen hingegen mehrheitlich Frauen. Für Perso-nalabteilungen gibt es einen grossen Markt an KI-Tools und dazu das Versprechen, damit die Auswahl effizienter und erfolgreicher zu ma-chen. Doch wenn die KI für eine Kaderstelle aus den Besetzungen der letzten Jahre

Frauen sind KI stärker ausgesetzt als Männer.

lernt, schlägt sie ei-nen weissen Mann vor. Weil weisse Männer in vielen Branchen die Chef-etagen dominieren. Sogar bei anonymen Bewer-bungen gibt es eine klare Tendenz, weil soge-nannte Proxies, also «Stellvertretermerkmale» wie etwa Hobbies oder Erwerbslücken, es er-lauben, aus Informationen aus dem Lebenslauf das Geschlecht zuzuordnen. Das kann wiederum den Anteil von Frauen in typischen «Frauenberu-fen» verstärken, also in Jobs mit tieferen Ein-kommen und wenig Entscheidungsmacht.

GEFÄHRDETE JOBS IN DER SCHWEIZ

Generell sind Frauen stärker generativer KI aus-gesetzt als Männer: Die Internationale Arbeits-



DIE DOMINANZ DER WEISSEN MÄNNER: Algorithm Watch hat die KI beauftragt, einen Präsidentschaftskandidaten oder eine Präsidentschaftskandidatin bei einer Rede in der Öffentlichkeit darzustellen. Hier das Resultat des Tools «MidJourney». KI-GENERIERTES BILD: ALGORITHM WATCH

organisation (ILO) schreibt, dass in 88 Prozent der untersuchten Länder «Frauenberufe» wie Buchhalterinnen, Mitarbeiterinnen in der Ad-ministration oder Übersetzerinnen stärker von KI betroffen sind als «Männerberufe» wie Bau-arbeiter, Landarbeiter oder Angestellte in der Kommunikationstechnologie. In Ländern wie der Schweiz, Grossbritannien oder den Philippi-nen sind über 40 Prozent der Frauen in Berufen mit hoher Exposition tätig. Das heisst, dass diese Jobs einen hohen Anteil an routinemässigen und kodifizierbaren Tätigkeiten haben, die die KI leicht übernehmen kann. Allerdings betref-fen diese Auswirkungen meist die Umgestal-tung von Aufgaben und Arbeitsbedingungen, weniger den vollständigen Wegfall von Arbeits-plätzen.

Als Ursachen benennt die ILO diskriminie-rende Normen, die ungleiche Verteilung unbe-zahlter Care-Arbeit, die weltweit zu mehr als drei Vierteln von Frauen geleistet wird, sowie die Tat-sache, dass weltweit in der Tech-Branche nur 30 Prozent der Beschäftigten Frauen sind. Da-durch entsteht eine Art KI-Datensatz-Teufelskreis: Die Gleichsetzung von Technik und Männlichkeit steckt in den Datensätzen, aus denen die KI lernt, und hält Frauen von diesen Berufsfeldern fern. Dazu kommt: Generell schätzen Frauen ihre Di-gitalkompetenzen geringer ein als Männer.

Die Nutzung von KI kann auch in Berufen eingesetzt werden, die auf den ersten Blick schwieriger durch KI zu ersetzen sind. Zum Bei-spiel in der Pflege für Fernüberwachung, auto-matisierte Dokumentationen und Pflegepläne. Ohne Einbezug der Betroffenen, ohne Schulung und ohne Arbeitsschutzmassnahmen verstärkt

das aber die Arbeitsbelastung und zementiert be-stehende Ungleichheiten.

KEINE NATURGEWALT

Die ILO warnt jedoch davor, KI zu verteufeln. Denn sie habe das Potential, «die Arbeitsqua-lität und Produktivität zu verbessern, wenn sie verantwortungsbewusst eingesetzt wird». KI könne die körperliche Belastung senken und die Sicherheit am Arbeitsplatz erhö-hen – vorausge-setzt, sie werde transparent und rechtsbasiert um-gesetzt. KI müsse gezielt eingesetzt werden, um Gleichstellung zu fördern und negative Effekte abzufedern.

Das bestätigt auch Angela Müller, Geschäfts-leiterin von Algorithm Watch Schweiz. «KI-Sys-teme sind sehr gut darin, Muster zu erkennen. Deshalb könnten sie auch dazu verwendet wer-den, Diskriminierung zu erkennen. Dafür muss aber Gerechtigkeit explizit als Ziel definiert wer-den, das man mit System verfolgt, im Gegensatz zu Systemen, die man rein zur Effizienzstei-gerung einsetzt.» Müller ist überzeugt: «KI ist keine Naturgewalt! Wir können und müssen sie gestal-ten.» Es brauche eine breite Diskussion über die Marktmacht der KI-Konzerne und einen gesell-schaftlichen Willen, KI als gemeinwohlorien-tierte Innovation zu gestalten.

RÖSTI BREMST

Und was macht die Politik gegen Diskriminie-rung durch KI? Die Schweiz hat 2025 die KI-Kon-

Künstliche Intelligenz: Das fordert die Unia

An ihrem letzten Kongress hat die Unia eine Resolution zum Umgang mit KI verabschiedet. Das sind die wichtigsten Forderungen:

- Unternehmen dürfen keine Daten ohne Einwilligung der Arbeitnehmenden erheben. Der Zweck der Datenerhebung muss klar angegeben sein.
- Der Einsatz algorithmischer Systeme in Kern-bereichen muss transparent sein. Die Arbeit-geber müssen immer in der Lage sein, die von Algorithmen getroffenen Entscheidungen zu erklären.
- Es braucht klare Verfahren für Rekurs, Unter-suchung und Schadenersatz. Bei Gesetzes-verstössen und Diskriminierung durch die von den Betrieben eingesetzten Systeme oder auf solchen Analysen basierenden Entscheidungen braucht es Sanktionen. (asz)

vention des Europarates unterzeichnet. Die Kon-vention hält nur wenige Grundsätze fest, ist aber als erster völkerrechtlich bindender KI-Vertrag ein starkes Signal für Menschenrechte, Rechts-staatlichkeit und Nichtdiskriminierung beim KI-Einsatz. Allerdings werden Unternehmen we-niger in die Pflicht genommen als öffentliche In-stitutionen. In der Schweiz soll bis Ende 2026 ein Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Konvention vorliegen. Der zuständige Bundesrat Albert Rösti (SVP) fordert lediglich minimale KI-Regeln. Viel wichtiger ist dem Bundesrat eine möglichst un-eingeschränkte Innovationsförderung, also die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen.

Bevor Arbeitsunfälle die Freizeit vermiesen: Sprich Risiken an.

**Sprich über
Gefahren.**

[suva.ch/
kommunikation](https://suva.ch/kommunikation)

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.admin.ch

suva

Balkonien, Städtetrip oder doch ans Meer? So schön waren die Sommerferien der Unia-Mitglieder

Die Ferien, wie wir sie heute kennen, sind eine gewerkschaftliche Errungenschaft. work hat bei Unia-Mitgliedern nachgefragt, wie sie ihren Sommer verbracht haben. DARIJA KNEŽEVIĆ | FOTOS: ZVG

Dominique Hodel, 35, Teamleiterin Detailhandel, Bern

« In diesem Sommer genoss ich die Zeit in Bern, umgeben von Freundinnen und Freunden und der Atmosphäre der Stadt. Singen, Tanzen, Lachen, all das erlebten wir beim Gurtenfestival. Es war eine wundervolle Gelegenheit, Erinnerungen zu schaffen und die Energie unserer Seelen aufzuladen. Die Musik, die Menschen und die Atmosphäre brachten uns zusammen und liessen uns die Freude des Augenblicks auskosten.»



Maryam Goudarzi, 37, Verkäuferin, Kloten ZH

« Diesen Sommer habe ich mir bewusst Zeit für einen Tagesausflug nach Genf genommen. Angesichts der belastenden Ereignisse in der Welt wollte ich einen Ort besuchen, der für Dialog, Frieden und internationale Zusammenarbeit steht. Der Besuch beim Uno-Sitz hat mich daran erinnert, wie wichtig Solidarität, gegenseitiger Respekt und gemeinsame Verantwortung sind. Solche Momente geben mir Kraft und helfen mir, den Sommer mit Zuversicht und neuer Energie zu geniessen.»



Ljiazim Bakjia, 67, pensionierter Gerüstbauer, Flamatt FR

« Ich war in meiner alten Heimat Nordmazedonien, in der Stadt Tetovo. Runtergefahren bin ich mit meinem Sohn, es lief super, nur in Kroatien hatten wir etwas Stau. Es war gemütlich: Freunde, Familie und gutes Essen. Wobei wir da eher zurückhaltend waren bei der Hitze. Fast 40 Grad wurde es. Übrigens: Hier unten treffe ich immer wieder auch auf Landsleute, die ich von der Unia kenne.»



Köbi Auer, 65, pensionierter Logistiker, Arbon TG



« Seit nunmehr 38 (!) Jahren fahre ich mit meiner Frau mindestens zwei Wochen im Jahr nach Golfo del Sole in Follonica. Meine drei Söhne freuten sich jedes Jahr auf das Meer, die Animation, das Kinderprogramm, und vor allem, wir gehen ans Meer nach Italien.»

Früher hatte der Smuv eigene Häuser, die sehr beliebt waren und die schon fast Jahre im Voraus reserviert werden mussten. Auch die Fahrt damals mit dem Auto war ein Erlebnis. Da gab es noch keine Tablets oder Handys. Büchli lesen, malen oder auf der Kassette Kasperli hören, das war in. Mit der Zeit hatten meine Söhne die ersten Kinder, und es ging weiter wie bis anhin. Letztes Jahr schafften wir es, dass der komplette 'Auer Clan', 15 Personen, eine Woche miteinander verbringen konnte.

Zurück aus Follonica, im Juni die erste Woche und im Juli zwei weitere, haben wir schon 2027 geplant. Die Fahrt geht mittlerweile im Bus, den Opa tapfer lenkt, damit die Enkelkinder alle Platz haben. Auch wenn das Poolangebot sicher in anderen Anlagen grösser und attraktiver ist, sind es der Charme und die Leute, die dort seit Jahren arbeiten und einen kennen, die Umgebung und die Stadt Follonica, die einen in den Bann ziehen. Mittlerweile sind die Kinder ohne Windeln, und der Duft während der Busfahrt ging nicht mehr unter die Kategorie 'Kläranlage.'»

Vania Alleva, 57, Unia-Präsidentin, Bern



« Unia presente! Am Meer in Italien habe ich Kraft für unsere gemeinsamen Kämpfe getankt.»

Jack Kolb, 26, Informatiker, Zürich

« Ich war diesen Sommer in Istanbul und habe dort eine sehr schöne und sonnige Zeit verbracht. Ich habe gleichgesinnte Freunde getroffen und mich ausgetauscht. Sonst hielt ich mich kalt mit vielen Badi-besuchen und vielen Glaces aus der Gelateria.»



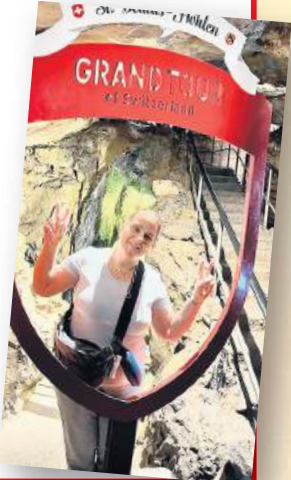
Shohaya Wagner, 44, Teamleiterin Gastronomie, Biel

« Wir verbrachten unsere Ferien am Bodensee, am Meer war es zu heiss. Gemeinsam unternahmen wir Wanderungen und gingen täglich baden.»



Monika Antenen, 55, Pflegehelferin, Bern

« Ich war mit meinem Mann in der Beatushöhle. Es war so schön bei kühlen 10 Grad! Auch im Tessin habe ich ein paar schöne Tage mit meinem Mann verbracht. Auf der Arbeit war es bei den heissen Temperaturen hart. Ich muss nicht nur dafür sorgen, dass die Bewohner genug trinken, sondern auch ich selbst. Zu Hause hatten wir ständig die Storen runtergerollt, um die Wohnung kühl zu halten. Und nach der Arbeit habe ich mir keine grossen oder strengen Aktivitäten vorgenommen. Umso wichtiger die Auszeit und der Tapetenwechsel.»



Monika Nacht, 58, Servicepersonal Bäckerei, Oberwangen BE



« Wenn ich in der Schulferienzeit am Arbeiten bin (weil andere Kolleginnen und Kollegen Ferien beziehen), dann gehe ich gerne am Nachmittag kurz ins Marzili zum Abkühlen in der Aare. Noch viel schöner ist es jedoch, wenn ich freihabe und am Morgen früh im Hallenbad oder im Marzili meine Zeit

verbringe. Danach noch einen Kaffee trinken und den Tag genussvoll weiterplanen. Mein Highlight diesen Sommer war die Reise nach Edinburgh und London mit meinen Söhnen. Eine Seltenheit, dass wir noch zu dritt Ferien verbringen. Und die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen ist nicht ganz einfach. Spätestens als wir indisch essen gingen, waren wir alle happy. Im August standen für mich alleine noch ein paar Tagesausflüge an. Auf dem Programm stand zum Beispiel eine Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee, ein Shoppingtag in Deutschland und hoffentlich mal ein Berglauf im Berner Oberland. Ich weiss es schon jetzt: viel zu schnell ist der Sommer vorbei.»

Ausgerechnet im Extremsommer:
Baumeisterverband bremst beim Hitzeschutz!

Endlich erreicht die Heisszeit auch klimatisierte Amtsstuben: Erste Kantone verhängen hitzebedingte Arbeitsverbote. Und in Parlamenten fordern selbst SVPler Baustops bei Extremhitze. Nur der Bau-meisterverband trödel.

JONAS KOMPOSCH

Was sprengte dieser Sommer alles an Re-korden! Höchste je gemessene Tempe-ratur in Zürich, Basel, Luzern; Tropen-nächte-Rekord in Lugano, noch nie so viele Extremhitzetage mit über 35 Grad, Höchst-werte bei den aufeinanderfolgenden Hit-zetagen über 30 Grad ... Kein Wunder, war die Hitzebelastung auch für viele Gewerk-schaften das dominierende Thema.

In Bern intervenierte die Unia in brü-tend heissen Ladenlokalen, im Tessin musste die Gewerkschaft einen Wirt mass-regeln, der seine Köche bei 45 Grad schuf-ten liess, und im ganzen Land wurden die Unia-Teams auf die Baustellen gerufen. Duarte Pacheco, Teamleiter Bau bei der Unia Zürich-Schaffhausen: «Die Bedin-gungen unterschieden sich je nach Firma, Polier und Termindruck. Aber besonders häufig wurde die Pausenregel missacht-et.» Die Suva verlangt bekanntlich ab 33 Grad stündliche Pausen von 15 Minu-ten an einem kühlen Ort. Pausen, die laut Gesetz zur Arbeitszeit zählen! Manche Chefs missachteten selbst die elementar-sten Bedürfnisse, Pacheco: «Auf zwei Bau-stellen mussten wir das Recht auf Trink-wasserversorgung durchsetzen!»

GENF UND WALLIS PRESCHEN VOR

Noch mehr Arbeit gab es für die Unia im Wallis, wo der Kanton den Hitzeschutz ver-schärft und fünf Gefahrenstufen mit ent-sprechenden Massnahmen herausgegeben hatte. Gleichzeitig drohte er mit Strafver-fahren und Arbeitsverboten, falls die Emp-fehlungen nicht befolgt würden. Die Unia insizierte darauf 41 Baustellen. Resultat: Mehr als 88 Prozent der Firmen hielten die Massnahmen nicht oder nicht vollständig ein. Im Gegensatz zum Wallis lehnten sich die allermeisten Kantone bequem zurück.

Klimademos: «Keine 50 °C-Sommer!»
«Diese neue Realität ist erst der Anfang»

Unerträgliche Hitze am Arbeitsplatz, Kühe ohne Wasser und verdorrte Wiesen. Das war der Sommer in der Schweiz. Jetzt regt sich Widerstand.

IWAN SCHAUWECKER

«Diese neue Realität ist erst der Anfang», erklärt Laurene Descamps (32) vom Bündnis «Keine 50 °C-Sommer!». Des-camps ist Mitglied von «Our Answer» und mobilisiert der-zeit für die Kli-mademos am 19. und 25. Sep-tember, die auch von der Unia unterstützt wer-den. Ziel ist es, dass sich auch möglichst viele Menschen aus dem Gesundheitsbereich, der Landwirtschaft, Baubüezer und Landschaftsgärtnerinnen an den Demos beteiligen. Des-camps sagt: «Die Leute sind be-sorgt, weil die Klimakrise jetzt stärker spürbar wird.» Aus dieser Betroffenheit will die

Koalition politischen Druck erzeugen. Denn ohne einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Kurs-wechsel drohen Sommer-temperaturen von bis zu 50 °C in der Schweiz.

DER FINANZPLATZ

Neben unmittelbaren Schutz-massnahmen fordert das Bündnis den sofortigen Aus-stieg aus fossilen Energien. Denn Anpassungsmassnah-men werden für den Schutz der Lebensgrundlagen nicht reichen, wenn die Politik nicht bei den Ursachen der Klima-erhitzung ansetzt. Die Schweiz verfehlt laut Bundesamt für Umwelt (Bafu) ihre wenig ambitionierten Klimaziele, in-vestiert zu wenig in den Klima-schutz und heizt die Klima-krise weiter an. Über ihren Finanzplatz, den Rohstoffhan-del und international tätige Konzerne trägt die Schweiz eine besonders grosse Ver-antwortung. Der Schweizer Finanzplatz verursacht das 14- bis 18fache der gesamten



inländischen CO₂-Emissionen der Schweiz.

DIE FORDERUNGEN

Auch Sofortmassnahmen und zusätzliche Gelder für den Kli-maschutz gibt es vorerst nicht. Soforthilfe erhalten lediglich die düregeplagten Bauern: Die Armee fliegt Wasser zu Alpe-trieben, und für die Landwirt-schaft werden die Zölle auf Heuimporte gestrichen. Die Koalition fordert jetzt wei-tere Sofortmassnahmen zum Schutz der Bevölkerung:
● Begrünung von Städten und Siedlungen;

- klimaresiliente Sanierung von Gebäuden, insbesondere von Schulen und öffentlichen Einrichtungen;
- angepasste Arbeits- und Unterrichtszeiten bei Hitze;
- verbindliche Massnahmen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie ein Recht auf garantierten Lohn bei Arbeitsunterbruch bei extremer Hitze;
- wirksame Schutzmassnah-men für besonders gefährdete Personen.

Demos: «Keine 50 °C-Sommer!»

Unter dem Bündnisnamen «Keine 50 °C-Sommer!» fordern über 70 Organisationen der Schweizer Zivilgesellschaft sofortige und wirksame Hitze- und Klimaschutzmassnahmen. Auch die Unia unterstützt die Klimademos, die am 19. Sep-tember in der Romandie und am 25. September in der Deutschschweiz stattfinden. Details: 50degrees.ch/de



Das falsche Gerede von der Schicksalsgemeinschaft im Hitzesommer

Wir schwitzen nicht alle im gleichen Boot

Draussen ist's für alle gleich heiss. Doch das ist es dann schon mit der Gleichheit. Wer reich ist, trägt besonders viel zur Klimakrise bei. Und kann sich gleichzeitig am besten vor deren Folgen schützen.

CLEMENS STUDER

Jede Krise treibt Wörter in den allgemeinen Sprach-gebrauch, die vorher vor allem Fachleute benutzten. Die Covid-Pandemie impfte uns das Wort «vulnera-bel» ein. Die Hitzewellen des Sommers 2026 machten den «Hitzeschutz» zum Alltagswort. Plötzlich stand der Begriff nicht mehr bloss in spröden Baurichtli-nien. Das Wort wurde zum existentiellen Gebot einer neuen klimatischen Realität. Tag um Tag, Woche um Woche knapp unter oder deutlich über 30 Grad im Schatten liessen uns keine andere Wahl, als es auszu-sprechen: Hitzeschutz! Gemeint sind Schatten, Was-ser, Pausen, kühle Räume und Wohnungen, die sich nicht aufheizen wie ein Backofen. Kurz: alles, was verhindert, dass Hitze krank macht oder tötet.

Hitzeschutz tönt wie eine technische Aufgabe und eine medizinische Herausforderung. Das ist er auch. Beides. Bei einer Tageshöchsttemperatur von 33 Grad steigt in der Schweiz die Gesamtsterblichkeit gegenüber der Temperatur mit dem niedrigsten Sterberisiko um 21 Prozent. Schon Innenraumtempera-turen über 24 Grad erhöhen das Sterberisiko. Im Sommer 2026 starben in Europa nach ersten Berechnungen über 31 800 Menschen zusätzlich an der Hitze. In der Schweiz waren es zwischen 357 und 474. Hitze ist hierzulande die tödlichste Naturgefahr.

SCHMIEREN UND SALBEN

In den letzten Jahrzehnten haben wir gelernt, uns vor der Sonne zu schützen. Sonnencreme, Lichtschutz-faktor 50, Kopfbedeckung, Mittagsschatten. Mutter-male kontrollieren. Die Sonnenschutzkampagne ist eine der erfolgreichsten Gesundheitskampagnen überhaupt. Sie hat auch darum funktioniert, weil sich zumindest ein Teil der Lösung in eine Tube pres-sen liess. Der Rest ist Eigenverantwortung: schmie-ren und salben.

Hitzeschutz tönt ähnlich wie Sonnenschutz. Darum reden manche auch so gerne von Eigenver-antwortung. Viel trinken. Im Schatten bleiben. An-strengungen vermeiden. Das ist alles richtig und wichtig. Vorausgesetzt, Wasser, Schatten und ein kühler Ort sind vorhanden und verfügbar. Voraus-gesetzt, jemand darf die Arbeit unterbrechen. Voraus-gesetzt, die Wohnung ist nicht selbst der heisseste Ort des Tages. Doch wir wissen: Nicht alle können der Hitze gleich gut ausweichen. Und nicht alle kön-nen bei 35 Grad den Arbeitsplatz an einen kühleren Ort verlegen. Und nicht alle haben eine Zweitwoh-nung in den kühleren Bergen, einen schattigen Gar-ten, ein klimatisiertes Schlafzimmer oder das Geld für Ferien in einer kühleren Gegend. Das eigene Ver-mögen bei Hitze anpassen zu können ist ein Privileg. Hitzeschutz gibt es nicht in der Tube. Er lässt sich nicht auf die Haut reiben. Er steckt in Bauteilen, in Arbeitsverträgen, im Mietrecht, in der Stadtplanung, im Personalschlüssel eines Pflegeheims und auf den Bankkonten.

ERHITZTES ARBEITEN

Weltweit sind 2,41 Milliarden Arbeitnehmende über-mässiger Hitze ausgesetzt. Das sind 71 Prozent aller Beschäftigten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rechnet mit jährlich 18 970 Todesfällen und 22,85 Millionen Verletzungen. Besonders exponiert sind Bau, Landwirtschaft und Logistik: häufig schlecht bezahlte und migrantisch geprägte Branchen.

Eine Büroangestellte kann eventuell die Klima-anlage hochfahren, den Arbeitstag verschieben oder das Homeoffice an einen gekühlten Ort verlegen. Ein Maurer kann die Baustelle nicht ins Wohnzim-mer verlegen. Ein Strassenbauer kann die Sonne nicht herunterregeln. Eine Küchenangestellte kann die heissen Herdplatten nicht ausschalten. Eine Pfle-gerin kann ihre Patientinnen und Patienten nicht einfach alleinlassen.

In der Schweiz gibt es kein gesetzliches «Hit-zefrei» ab einer bestimmten Temperatur. Die Arbeitgebenden müssen zwar die Gesundheit schützen. Aber es gibt keine allgemeine Pflicht zu Klimaanlagen, keine festen Temperaturgrenzen und keine systematische Kontrolle der Massnah-men. Im guten Fall gibt es Wasser, Schatten und zusätzliche Pausen. Im schlechten Fall arbeiten die Beschäftigten einfach weiter, bis der Körper nicht mehr kann.

Bisher war Armut immer eine Sache des Win-ters. Wer arm ist, friert. Wo die Sonne hinkam, wuchs der Wein und blieb die Heizung kalt: Am Zürichsee heisst die besonnte Seite bis heute Gold-küste. Die Sozialgeschichte Europas ist voll von Holzspenden, Winterhilfe, Heizkostenzuschüssen und Kindern in ungeheizten Zimmern. Die Volks-märchen auch. Bis heute heisst Energiearmut in Europa fast überall dasselbe: Jemand kann nicht ge-nug heizen. Darauf ist das soziale Netz ausgerichtet. Und so sind die Häuser gebaut. Sie sollen die Wärme halten. Auch Spitäler und Altersheime wurden für den Winter entworfen und nicht für wochenlange Hitzewellen mit über 30 Grad. Die Kälte ist nicht ver-schwunden. Die Hitze ist dazugekommen. In der gleichen Wohnung. In der gleichen Wohnlage.

Wer nachts nicht abkühlen kann, nimmt die Erschöpfung mit in den nächsten Arbeitstag. Wer an einer lauten Strasse wohnt, kann die Fenster nicht die ganze Nacht offen lassen. Wer zur Miete wohnt, entscheide nicht über Aussensto-ren, Dämmung, Fassa-denbegrünung oder den Einbau einer Küh-lung. Im Kanton Zü-

Bis 2050 wird Hitze in armen Ländern zehnmal mehr Menschen töten als in reichen.

rich zum Beispiel erleben Haushalte mit tiefem Ein-kommen tagsüber mindestens gleich viel, häufig aber mehr Wärmebelastung als einkommensstarke Haus-halte. Wohlhabende leben oft in mikroklimatisch günstigeren Einfamilienhausquartieren. Internatio-nal zeigt sich dasselbe Muster: In 72 Prozent der un-tersuchten Städte sind die ärmeren Quartiere die heisseren.

Das unterste Einkommensfünftel gibt 31 Pro-zent des Bruttoeinkommens fürs Wohnen aus, So-zialhilfebeziehende fast 40 Prozent. Und wenn ein Haus endlich saniert und hitzetauglich gemacht wird, steigt die Miete. Dann ist die Wohnung kühl, und jene, die vorher darin geschwitzt haben, wohnen woanders. Der Hitzeschutz kommt. Er kommt nur nicht für sie.

OLIGARCHEN, GUT GEKÜHLT

Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung ver-suchen 48 Prozent der globalen Treibhausgasemis-sionen. Die ärmere Hälfte der Menschheit gerade einmal 12 Prozent. Das reichste eine Prozent stösst

so viel aus wie die ärmsten zwei Drittel zusammen. Und der grösste Teil der Emissionen der Superrei-chen stammt nicht aus dem Heizen ihrer Wohnun-gen, sondern aus ihren Investitionen, ihrem Kapital-besitz und ihrem Lebensstil. Auch in der Schweiz ist die Schere enorm. Die reichsten 10 Prozent verursa-chen pro Kopf und Jahr 18,7 Tonnen CO₂-Äquivalente. Fast viermal so viel wie die ärmsten 10 Prozent. Eine neue Studie rechnet zwei Drittel der weltweiten Er-wärmung zwischen 1990 und 2020 dem reichsten Zehntel der Weltbevölkerung zu.

Die Hauptverursacher der Klimaerhitzung kön-nen sich Klimaanlage, Sanierung, Pool, Zweitwoh-nung in den Bergen und Flucht vor der Hitze kau-fen. Was innerhalb der Schweiz gilt, wiederholt sich global in noch brutalerem Massstab. Nach der Fair-Share-Methode ist der globale Norden für 92 Prozent der überschüssigen CO₂-Emissionen verantwortlich. Bis 2050 wird Hitze in armen Ländern voraussicht-lich zehnmal mehr Menschen töten als in reichen: 391 000 gegenüber 39 000 pro Jahr.

Die reichen Länder haben die Mittel für Kühl-technologie und klimafestes Bauen. Wenn auch nicht für alle. Den armen Ländern fehlen diese Mittel. Wenn auch nicht für alle. Aber: Bereits 2019 gingen 63 Prozent der weltweiten Ungleichheit beim indi-viduellen Treibhausgasausstoss auf Unterschiede innerhalb der Länder zurück. Und nicht mehr auf Unterschiede zwischen den Ländern. Die Klimakri-senkluft verläuft also nicht einfach zwischen Nord und Süd, sondern zwischen Arm und Reich quer durch die Staaten.

DIE FLUCHTLÄNE DER REICHEN

Vor zehn Jahren hätte man noch diskutieren können, ob und wie Hitzeschutz und Klimaschutz sich be-dingen oder behindern. Heute ist klar: Die Klima-erhitzung lässt sich nicht mehr rückgängig machen, höchstens bremsen. Wenn endlich gehandelt wird. Die Folgen der Klimakrise lassen sich nicht mehr weglegen oder bagatelisieren. Auch in der Schweiz nicht. Das Klima schonen und die Menschen vor der Hitze schützen kosten Geld. Diejenigen, die am meis-ten zur Klimakrise beitragen, können sich am besten vor deren Folgen schützen. Das gilt lokal und global. Die Reichen drücken sich vor ihrer Verantwortung. Sie haben ihre Fluchtburgen schon längst gebaut zu Land, auf See und planen schon die Flucht ins All. Wir sollten sie nicht davonkommen lassen.



DIE SCHWEIZ VERDORRT, RÖSTI STAUNT

Im Juni relativierte Umweltminister Albert Rösti (SVP): «Wenn wir jetzt ein paar Tage 34 oder 35 Grad haben, darf man das nicht übertreiben und sofort ein Katastrophenszenario an die Wand malen.» Nach Wochen der höllischen Hitze auf dem Bau, in Schulen, Spitälern, Pflegeheimen sagte er im «Tages-Anzeiger»: «Eine derartige

heftige Hitze wie in diesem Sommer hätte ich nicht erwartet.» Aber den Klimawandel habe

er nie in Frage gestellt. Immerhin. Auch das ist bei Trump-Sympathisanten nicht selbstverständlich.

KALTER KAFFEE. Doch wieso bloss ist Umwelt-minister Rösti überrascht? Seit den 1930er Jahren ist bekannt, dass menschengemachte CO₂-Emis-sionen die Erde erwärmen. 1990 (Rösti studiert an der ETH) veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) seinen ersten Bericht. Darin steht: Wenn wir den Ausstoss von klimaschädlichen Gasen nicht reduzieren, erreichen wir bis 2025 eine globale Erwärmung von einem Grad. Der Bericht lag damit fast richtig. Im globalen Durchschnitt ist es heute 1,4 Grad wärmer als im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Die Schweiz hat sich deut-lich stärker erwärmt, nämlich um 2,9 Grad. Seit 2007 (Rösti wird Direktor der Schweizer Milchproduzenten) publizieren Forschende im Auftrag des Bundes Klimaberichte. Der erste Bericht geht von einer Erwärmung in der Schweiz bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts von knapp 3 Grad aus. Begleitet von zunehmenden Hitze- und Trockenheitsperioden. Der Bericht von 2011 (Rösti wird in den Nationalrat gewählt) bestätigt im wesentlichen die Szenarien von 2007.

HÄUFIGER, HEFTIGER. Der neue Bericht ist aus dem Jahr 2025 (Rösti ist bereits seit zwei Jahren Umweltminister). Darin steht: «Extreme Hitze-ereignisse treten häufiger und intensiver auf. Besonders in tiefen Lagen und städtischen Gebie-ten hat die Belastung durch extreme Hitze bereits deutlich zugenommen. Die Waldbrandgefahr nimmt zu, aber auch die Häufigkeit und Anzahl Starkniederschläge.»

Die Schweiz wird ihre Klimaziele 2030 verfehlen. Doch das lässt Rösti kalt. Mantramässig wieder-holt er, die Schweiz mache genug und allein könne sie sowieso nichts bewirken. Dumm nur: Im internationalen Klimaschutz-Index (CCPI) bewegt sich die Schweiz lediglich im Mittelfeld. Denn Rösti setzt lieber auf Abbau:

- Eine halbe Milliarde Franken weniger für den Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels.
- Kürzung der Gelder für eine klimaangepasste Aufforstung der Wälder.
- Streichung der Forschungsplattform für Was-ser (Wasser-Atlas).
- Dafür ein Millionengeschenk an die Auto-Industrie: Als ehemaliger Präsident von Auto-Schweiz hat er den Auto-Importeuren 100 Millio-nen Strafzahlungen geschenkt. Diese hätten sie leisten müssen, weil sie zu viele Autos mit zu hohem CO₂-Ausstoss importiert hatten.

Noch 2019 bezeichnete Atom- und AKW-Lobby-ist Rösti die Klimadebatte als «schrille Panik-mache». Seine Partei, die ehemals bäuerliche SVP, spielt den Klimawandel systematisch herunter. Dabei sollte jetzt allen klar sein: Es braucht dringend Massnahmen, um die Folgen der Klimaerhitzung einzudämmen. In den Städten, bei den Arbeitszeiten und -bedingungen, Hilfe für Risikogruppen usw. Und gleichzeitig Mass-nahmen, um den Ausstoss klimaschädlicher Gase zu senken, zum Beispiel mit dem Ausbau erneuer-barer Energien. Doch Atom-Turbo Rösti setzt lieber auf neue AKW.

Nach zwei Monaten Hitzewelle: Ein Pfleger berichtet vom massiven Mehraufwand

Energiereserven sind aufgebraucht

UNIA FORDERT:

POLITIK MUSS MASSNAHMEN FÜR ALLE DURCHSETZEN

Ob Köchinnen, Kinderbetreuer oder Verkaufspersonal: Für viele wurde der Arbeitsplatz diesen Sommer unerträglich heiss. Für Enrico Borelli, Co-Leiter Pflege bei der Unia, steht die Hitze in Alters- und Pflegeheimen deshalb für ein grösseres Problem: «Die Zunahme von Wetterextremen zwingt uns, die Arbeitsplätze von Grund auf zu überdenken. Im Freien sowieso, aber auch im Inneren.»

Die meisten Gebäude, auch Altersheime, wurden in einem ganz anderen Klima geplant und gebaut. Jetzt müssen sie an die neue Realität angepasst werden. Allenfalls mit einer Klimaanlage, aber nicht nur: Auch Sonnenschutz, bessere Lüftung sowie mehr Grünflächen und Bäume können helfen, ein Heim zu kühlen.

GESAMTSCHAU. Für Borelli ist klar: «Als Gesellschaft dürfen wir die Verantwortung dafür nicht allein dem Gutdünken der einzelnen Heim- und Konzernleitungen überlassen.» Denn erstens sei der Klimawandel ein strukturelles Problem und brauche eine Gesamtschau, damit kein Flickwerk entstehe. Zweitens gehöre das Pflegen von alten Menschen zu den öffentlichen Aufgaben. «Die Anpassung wird staatliche Finanzierung brauchen. Deshalb braucht es eine politische Steuerung.» (che)



HAT STRENGE MONATE HINTER SICH: Pflegehelfer Ömer Atesci. FOTO: STEFAN BOHRER

Hohe Temperaturen machen die Arbeit in der Pflege noch anstrengender als sonst schon, sagt Ömer Atesci. Mehr Pausen gibt's nicht, im Gegenteil: Bei Hitze haben die Pflegenden mehr zu tun.

CHRISTIAN EGG

Wie heiss es genau ist, weiss Pflegehelfer Ömer Atesci nicht. In den Räumen des Basler Alters- und Pflegeheims, in dem er arbeitet, hat es keine Thermometer. «Aber es war jetzt zwei Monate lang sehr heiss. Und das fast den ganzen Tag lang!»

Das Haus ist nicht klimatisiert. Zwar öffnen die Pflegenden jeden Morgen alle Fenster, um die Hitze entweichen zu lassen. Doch sobald es wärmer wird, müssen sie die Fenster und die Rollläden schliessen – sonst würde die Sonne die Zimmer noch mehr aufheizen. «Trotzdem wird es schon nach kurzer Zeit richtig heiss», berichtet Unia-Mitglied Atesci.

Die Arbeit in der Pflege, schon bei normaler Temperatur streng, wird dann zum Stresstest für den Körper. Oft sei er vom Schwitzen «pflotschnass», sagt der 42jährige. Eigentlich gäbe es pro Schicht einen Satz Arbeitskleider. In letzter Zeit habe er ab und zu schon mitten in der Schicht die Kleider gewechselt. «Da sagt zum Glück niemand etwas.»

ERST MAL HINLEGEN

Am Feierabend ist er völlig geschafft. In einem normalen Sommer geht er nach der Arbeit oft im Rhein schwimmen. Dieses Jahr fehle ihm dazu die Energie, sagt er: «Ich gehe heim, dusche und lege mich eine halbe Stunde hin. Dann esse ich etwas. Erst dann bin ich wieder einigermassen normal.»

Die Belastung durch die Hitze ist das eine. Doch damit nicht genug: Bei hohen Temperaturen haben die Pflegenden noch mehr Arbeit. Sie müssen

die Bewohnerinnen und Bewohner vor dem Überhitzen schützen. Regelmässig legen sie ihnen ein kaltes Tuch auf die Stirne oder in den Nacken. Und vor allem müssen sie dafür sorgen, dass alle genügend trinken. Bei solchen extremen Temperaturen brauche der Körper eine viel grössere Menge Flüssigkeit, sagt Atesci: «Ein, zwei Gläser mehr pro Tag reichen da nicht aus.»

VIEL MEHR ARBEIT...

Das Problem: Viele der Menschen im Heim sind dement und haben kein Durstgefühl mehr. Atesci: «Wenn du nicht zu ihnen gehst und sie aufforderst, trinken sie nichts.» Atesci sagt, während er an einem normalen Tag vielleicht drei- oder viermal in jedes Zimmer gehe, sei es an einem Hitzetag bis zu achtmal. Bei 17 Bewohnerinnen und Bewohnern auf der Station ergibt das für das Pflegeteam in jeder Schicht mehrere Stunden Mehraufwand.

...ABER NICHT MEHR PERSONAL

Für die Unia ist klar: Bei extremer Hitze müssen Heime die Mitarbeitenden entlasten. Etwa indem sie die Schichten personell verstärken, um mehr Pausen zu ermöglichen. Eine Genfer Pflegehelferin berichtete in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement syndical», in ihrem Heim sei genau dies der Fall (zum übersetzten Artikel: rebrand.ly/pflege-hitze). Ömer Atesci sagt dagegen: «Bei uns hiess es, das sei nicht möglich wegen Personalmangels.» Auch die Pausen seien gleich wie immer, zweimal 30 Minuten pro Schicht. Einmal sei er in der Pause unter die Dusche gestanden, um sich zu erfrischen. «Aber wenn du dann noch etwas essen willst, dann reichen 30 Minuten Pause einfach nicht.»

Immerhin: Der Betrieb stellt Mineralwasser zur Verfügung – ganzjährig. Und bei grosser Hitze gibt es öfter Glace für Bewohnerinnen und Mitarbeiter, «eine Wohltat», freut sich Pfleger Atesci. Auch der Personalraum für die Pause sei immer angenehm kühl.

Bereits einen Schritt weiter ist etwa das Alterszentrum Acherhof in Schwyz. Vor zwei Jahren hat das Heim nachgerüstet, wie SRF berichtet. Seither kühlt eine Klimaanlage das ganze Haus. Den Strom dafür liefern Solarpanels auf dem Dach.

Schutz vor Hitze: Pflegestudie des Bundes bringt grosse Lücken ans Licht

Jedes dritte Heim unternimmt nichts

Für viele Altersheime und Spitäler scheint Hitzeschutz noch ein Fremdwort zu sein. Eine Studie mit 900 Pflegenden im Auftrag des BAG zeigt: Oft stellt der Betrieb nicht einmal Wasser zur Verfügung.

CHRISTIAN EGG

Schützen Heime, Spitäler und Spitex-Betriebe die ihnen anvertrauten Menschen vor den Gefahren der Hitze? Sind sie gerüstet für die Zunahme von Hitzewellen, auf die wir uns einstellen müssen? Jetzt gibt es dazu Zahlen in einer Studie, die das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gab.

Nur drei Prozent der Befragten erhielten bei der Hitze zusätzliche Pausen.

900 Mitarbeitende in Pflege und Betreuung wurden befragt, welche Massnahmen es an ihrem Arbeitsort gebe, um Mitarbeitende wie auch Bewohnerinnen und Patienten zu schützen.

Alle wissen: Hitze ist für ältere und kranke Menschen besonders gefährlich. Gleichzeitig lässt sie die Belastung für Pflegenden noch weiter ansteigen (siehe auch Artikel oben). Deshalb bezeichnete schon 2008

die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Hitzeschutz im Gesundheitssystem als einen zentralen Bestandteil von Aktionsplänen gegen die Hitze. Doch die Ergebnisse der aktuellen Studie zeigen: Diese Botschaft ist noch längst nicht in allen Betrieben angekommen.

KEIN ABKÜHLEN IN DER PAUSE

In der Langzeitpflege gaben ein Drittel der Befragten an, für Mitarbeitende gebe es an ihrem Arbeitsort keine besonderen Massnahmen zum Hitzeschutz. Bei 22 Prozent existierten auch keine Schutzmassnahmen für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Dort, wo die Heime etwas für ihre Mitarbeitenden taten, war das kostenlose Bereitstellen von Wasser die häufigste Massnahme. Das ist wirksam und mit wenig Aufwand machbar. Umgesetzt wurde es trotzdem nur bei etwas mehr als der Hälfte der Teilnehmenden (58 Prozent).

Die Forschenden wollten auch wissen, was die Pflegenden im Kampf gegen die Hitze als wichtig einstufen. Neben dem Trinkwasser waren oft genannte Antworten: zusätzliche Pausen – und dafür ein gekühlter Raum. Doch nur ein Viertel der Befragten gaben an, ihr Heim habe einen gekühlten Pausenraum.



VIEL WASSER TRINKEN: Das gilt besonders an Hitzetagen. FOTO: KEYSTONE

Zusätzliche Pausen bei Hitze gibt es sogar nur bei drei Prozent.

SPITÄLER UND SPITEX: NOCH ÜBLER

Doch es geht noch schlimmer. Im Rest des Gesundheitswesens ist der Hitzeschutz noch löchriger. 4 von 10 Spitex-Mitarbeitenden und sogar 6 von 10 in Spitälern berichteten, in ihrem Betrieb gebe es keinerlei besondere Schutzmassnahmen für Mitarbeitende während Hitzeperioden.

Durchgeführt haben die Studie Forscherinnen und Forscher des Schweizerischen Tropeninstituts in Basel, und zwar im Herbst

2025, also noch vor den Hitzewellen dieses Jahres. Dennoch zeigen die Antworten, wie stark die Hitze bereits im letzten Sommer Pflegenden belastet hat. Fast neun von zehn gaben an, wegen des heissen Wetters hitzebedingte Symptome oder Beschwerden erlebt zu haben. Am häufigsten war starkes Schwitzen; je rund die Hälfte aller Teilnehmenden berichteten aber auch über Konzentrationsprobleme und starke Müdigkeit – beides potentiell gefährliche Zustände bei Mitarbeitenden, die unter anderem Medikamente verabreichen.

HEIME, SPRECHT MIT DEN PFLEGENDE!

Die Studie hält fest: «Der Klimawandel erhöht Häufigkeit, Intensität und Dauer von Hitzeextremen. Daher wird die Belastung über die nächsten Jahre vermutlich steigen.» Keine Frage also, in Sachen Hitzeschutz haben die Schweizer Heime, Spitäler und Spitex-Betriebe noch sehr viel zu tun. Das zeige sich auch am Auseinanderklaffen zwischen dem, was Betriebe bisher unternehmen, und dem, was Mitarbeitende als besonders wichtig einstufen. Dies «verdeutlicht den weiteren Handlungsbedarf», so die Studie. Sie empfiehlt, die Mitarbeitenden einzubeziehen. Denn die Forschung habe gezeigt: Dies verbessere sowohl Akzeptanz als auch Wirkung von Massnahmen.



KÄMPFEN BIS ZUR ERSCHÖPFUNG: Während Frankreichs Feuerwehrleute gegen die Flammen antreten, posiert Präsident Macron in Macho-Pose. FOTOS: GETTY IMAGES

Frankreich: Monströse Feuer und kaputte Löschflugzeuge

Die Wut der Feuerwehrleute

Frankreich brennt. Doch Präsident Emmanuel Macron brettet mit dem Jet-Ski über die Wellen. Jetzt regt sich Widerstand.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

29 Tage kämpften 1000 Feuerwehrleute bis zur Erschöpfung, um die Dörfer der Provence zwischen Aix und Draguignan vor den Flammen zu retten. Das gelang nicht überall, und sie riskierten dabei Kopf und Kragen: In einem kritischen Moment umzingelte springendes Feuer rund vier Dutzend der roten Camions und ihre Crews. Ein Wasserbombardement aus der Luft rettete sie in letzter Minute.

PRÄSIDENT BRUMM-BRUMM

Derweil raste Präsident Emmanuel Macron in Geruchweite der Brandschwaden mit einem Jet-Ski-Boliden über die Wellen des Mittelmeers, in Macho-Pose und Pilotenlook, für ein Foto auf der Titelseite von «Paris Match». Diese Maschinen verbrennen 60 bis 80 Liter Sprit pro Stunde. Macron liebt solche Provokationen. Wir Erfolgreiche, signalisiert er damit, machen, was immer wir wollen. Auch wenn wir damit die Welt in Brand setzen.

Für Klimabewegung und Ökologie hegt der französische Staatschef eine feindselige Verachtung. Auf internationalen Konferenzen gibt er den Hüter des Pariser Abkommens von 2015, das die Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen sollte. Doch zugleich hofiert er den Ölkonzernen. Und nirgendwo wird die Klimabewegung so brutal unterdrückt wie in Frankreich. Bis hin zu eigentlichen Feldschlachten wie am 25. März 2023 im westfranzösischen Sainte-Soline (mindestens 190 Schwerverletzte).

Doch nun erhebt sich scharfer Gegenwind. Die Farbe dieses Sommers ist verbrannte Erde. Von Kanada über Spanien (work berichtete: rebrand.ly/brände-madrid), Frankreich, Griechenland bis Indonesien. Die 1,5 Grad sind

längst erreicht, zumindest in Europa, dem Kontinent, der sich am schnellsten aufheizt. Was vielen bloss eine (verdrängte) Möglichkeit schien – Feuerstürme, Tausende von Hitzetoten, verdorrte Landstriche, abbröckelnde Alpenmassive –, wird das neue Normal.

ALS NOCH WASSER AUS DEM HAHN KAM

Am 18. August wurde in 74 von 96 französischen Départements Alarmstufe dunkelrot ausgerufen wegen Trockenheit. Mancherorts ist Wasser aus dem Wasserhahn bereits nur noch eine Erinnerung an bessere Zeiten.

Also hoffen die Regierenden auf einen kühlen, nassen Herbst. Doch hinter die Erfahrung dieses Sommers kommen sie mit ihrem Gerede von «Öko-Terroristen» (Justizminister Gérald Darmanin) und «Nostalgikern der Öllampe» (Macron) nicht mehr. Das bemisst sich daran, wie kleinlaut die Klimaleugner der Rechten und Rechtsextremen nun nach neuen Sündenböcken suchen.

An der Atlantikküste Frankreichs ist die Metropole Bordeaux einem riesigen Feuersturm gerade knapp entkommen, unter höchsten Anstrengungen der Pompiers und der Bevölkerung. 220 000 Menschen mussten evakuiert werden. Zwischen dem Cap Ferret, wo sich die Millionäre verlustieren, und Bordeaux brannten 140 000 Hektaren ab. Als dieser Tage Regierungschef Sébastien Lecornu mit fünf Ministern für eine PR-Operation in den verheerten Ort Le Ponge fuhr, wurde der Tross gnadenlos ausgebuht. Einige, die alles verloren haben, werfen dem Präfekten vor, Le Ponge geopfert zu haben, um die Villen des Cap Ferret zu retten.

LAHME VÖGEL

Ihrem Zorn lautstark Luft machen die erschöpften Feuerwehrleute. Vier von ihnen sind in den Bränden umgekommen. Die 250 000 Pompiers Frankreichs (20 Prozent Frauen) sind in neun Gewerkschaften organisiert. Zum ersten Mal haben sie sich jetzt zusammengerauft. Per Warnstreik erzwangen sie eine Aussprache mit der Regierung am 13. August. Sie kamen mit einem dicken Pack Beschwerden: Zu wenig Personal. Keine sichere Schutzkleidung. Fehlende Löschflugzeuge, obschon die Grossbrände (mehr als 30 Hektaren) in 20 Jahren um 3000 Prozent zu-

genommen haben. Sozialdumping: Profi-Retterinnen, die im Süden helfen wollten, wurden angehalten, Ferien zu nehmen und sich als «Freiwillige» zu melden. Denn die kosten nur 7 Franken die Stunde (ein Gewerkschafter: «Und dafür sollen wir unser Leben riskieren?»).

Vor allem die fehlende Luftunterstützung hätte beinahe zur Katastrophe in Bordeaux geführt. Zeitweise war die halbe Flotte der effizienten, aber überalterten Canadair-Löschflugzeuge nicht einsatzfähig. Macron hatte schon vor Jahren neue versprochen – aber das Projekt sogleich schubladisiert.

In der Öffentlichkeit reagieren seine Minister auf Vorwürfe ungehalten. Innenminister Laurent Nuñez am Radio: «Wir sind bestens gerüstet. Schluss jetzt mit diesem Frankreich-Bashing!»

Nuñez lügt wissentlich. Denn zu seinem Pech hatte ein Gewerkschafter eine Sitzung mitgeschnitten. Wir hören, wie der Minister die fehlenden Mittel einräumt. Der Brandbekämpfer darauf: «Was ist, wenn einer demnächst die 18 anruft und niemand kommt?» 18 ist die Nummer der Feuerwehr. Für den 28. September haben die Pompiers nun einen landesweiten Streik ausgerufen.

REICHE MACHEN DIE KRISE

Für Sophie Binet, Generalsekretärin der Gewerkschaft CGT, illustriert die Not der Feuerwehr die Zerstörung des Service public. Pflege, Schule, Sozialversicherung oder eben Rettung, überall spiele dieselbe Strategie macronistischer Austerität. Sie ermöglicht Steuersenkungen für die Reichsten und den jährlichen Transfer von mehr als 100 Milliarden Euro zu den Konzernen.

Die Hitze dieses Sommers brachte das kaputtgesparte Gesundheitswesen an den Rand des Kollapses. Im Spital von Orléans etwa lag im Juli eine 82-jährige Patientin sechs Tage und fünf Nächte auf einer Notfalltrage in einem Korridor. Wie eine neue Studie der NGO Oxfam belegt, ist die Klimakrise sozial selektiv: Die Reichen machen sie, die weniger Betuchten erleiden sie. Ungleichheit sorgt für Überhitzung. Sophie Binet: «Deshalb schreit sie nach massiven Investitionen in den Service public. Jetzt.»

Niemand wollte über die Klimakrise sprechen. Jetzt ist sie das erste Thema im Präsidentenwahlkampf 2027, der dieser Tage beginnt.

EUropa
Roland Erne

Grossbritannien

Ist die Thatcher-Ära aus?

Seit Margaret Thatchers Wahlsieg von 1979 setzten alle britischen Regierungen beim Service public auf neoliberale Rezepte. Das könnte sich jetzt ändern. Der neue Labour-Regierungschef Andy Burnham will mehr Service public in England. So soll beispielsweise der vom Konkurs bedrohte Wasserkonzern Thames Water verstaatlicht werden.



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

WASSER-DESASTER. Die Privatisierung der Bahn, des Nahverkehrs, der Energie- und der Wasserversorgung führten zu einem Desaster. Die privaten Investoren dieser öffentlichen Dienste waren primär an schnellen Gewinnen interessiert und nicht am Service public. Deshalb sagte Burnham in der britischen Zeitung «The Guardian», dass «Milliarden und Abermilliarden aus der Wasserwirtschaft abgezogen wurden, ohne dass dieses Geld wieder in die Infrastruktur geflossen ist». Dasselbe sei auch bei der Eisenbahn und der Energiewirtschaft geschehen. Diese Selbstkritik ist bemerkenswert, hatte doch

Die Investoren wollten primär schnelle Gewinne.

Burnham den New-Labour-Kurs seiner Mentoren Blair und Brown mitgetragen. Ob es tatsächlich zu einer Vergesellschaftung von Thames Water kommt, ist offen. Die betroffenen Kapitalisten wehren sich.

BONI-DESASTER. Die Gläubiger, die Thames Water kommissarisch leiten, verlangen Kompensationen von 109 Milliarden Franken, falls die Burnham-Regierung den Konzern verstaatlicht. Rechtlich ist diese Forderung kaum durchsetzbar. Politisch haben sie jedoch einige Trümpfe in der Hand. So wie viele Regierungen sich gezwungen sahen, ihre systemrelevanten Banken zu retten, um einen Stop der Finanzströme zu verhindern, könnte Burnham kaum einen Unterbruch der Wasserversorgung für Millionen von Menschen riskieren. Deshalb verlangen sie zusätzliche Milliarden vom Staat sowie die Stundung einer staatlichen Milliardenbusse für das illegale Ablassen von Dreckwasser, um den Bankrott von Thames Water zu verhindern. Trotzdem zahlt Thames Water weiterhin Millionen-Boni an Spitzenmanager.

BAHN-DESASTER. Es wird sich weisen, wie Burnham auf die Erpressung der Thames-Water-Hedge-Fund-Kapitalisten reagieren wird. Vielleicht wird sich seine Version von «öffentlicher Kontrolle» letztlich kaum von den Lösungen für das Privatisierungsdebakel seines Vorgängers bei der Bahn unterscheiden. Dank Keir Starmer werden alle englischen Bahnen ab 2027 von einer neuen staatlichen Bahngesellschaft betrieben werden. Dennoch bereitet Starmers Schritt im Bahnwesen den betroffenen Kapitalisten kaum schlaflose Nächte. Da der Staat die neue «Great British Railways» besitzen wird, werden die Reisenden künftig den Staat für alle Probleme verantwortlich machen können. Trotzdem werden Bahnkapitalisten auch in Zukunft Profite abschöpfen, da das Rollmaterial weiterhin in privater Hand bleiben wird. Deshalb könnte das Leben für Bahnkapitalisten in England künftig sogar einfacher werden. Anstatt sich um das komplizierte Bahnmanagement kümmern zu müssen, können sie sich darauf konzentrieren, Rechnungen für das Leasing «ihrer» Lokomotiven und Wagons an die Great British Railways zu schicken. Folgt Burnham bei Thames Water Starmers' Version von «öffentlicher Kontrolle», wird auch seine Popularität bald schwinden.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Postfaschistische Regierung will Staatsanwalt Paolo Storari stoppen

Regierung Meloni plant Schutzschirm für die Mailänder Modemafia

Drei Tage im Juli zeigen, wie eng postfaschistische Politik und Modeindustrie in Italien verflochten sind. Doch Staatsanwalt Paolo Storari gibt nicht auf und nimmt Chanel, Bulgari und sieben weitere Modehäuser ins Visier.

CLEMENS STUDER

Der Kampf gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen im Auftrag der Luxusmodekonzerne wird härter. Am 14. Juli weist das Mailänder Überprüfungsgericht den Rekurs von Staatsanwalt Paolo Storari gegen die Modehäuser Dama (Paul & Shark) und Alberto Aspesi ab. Die Richter anerkennen: In der Werkstatt in Garbagnate Milanese wurde brutal ausgebeutet, Löhne von fünf Euro die Stunde, 14-Stunden-Schichten, sieben Tage die Woche. Doch einen Beweis, dass die Konzernmanager die Ausbeutung selber angeordnet hätten, gebe es nicht. Einen Tag später, am 15. Juli, tagt in Rom der «Tavolo della Moda». Italiens Wirtschaftsminister Adolfo Urso plant mit seinem französischen Amtskollegen eine «europäische Allianz für die Mode». Und kündigt nebenbei an, Artikel 34 des Antimafia-Gesetzes einzuschränken. Mit Artikel 34 hat Storari die Modekonzerne bisher am wirksamsten unter Druck gesetzt. Die Textilgewerkschaften erfahren es ohne jede Vorwarnung. Am 16. Juli schlägt Storari zurück: Bei neun Luxusmarken, darunter Chanel und Bulgari, lässt er sämtliche Auditberichte der letzten zwei Jahre beschlagnahmen.

DIE LEDERTASCHE «SPRICHT»

Die konkreten Zahlen einer Ledertasche erklären das System besser als jeder Auditbericht: Herstellungspreis 40 Euro in einer lombardischen Werkstatt, Ladenpreis 7000 Euro in der

Mailänder Via Monte Napoleone. Dazwischen liegen bis zu sieben Zwischenhändler, jeder kassiert seine Marge, jeder verdünnt die Verantwortung. Am Ende der Kette bleibt der Druck bei jenen hängen, die sich am wenigsten wehren können: bei oft illegalen Migrantinnen und Migranten an der Nähmaschine. Eine Jacke von Paul & Shark, die für 2000 Euro über den Ladentisch ging, kostete in der Produktion 107 Euro.

Storari kennt solche Systeme aus der Bekämpfung von 'Ndrangheta und Cosa Nostra.

Er holte über 60 000 Búezer aus der Schwarzarbeit.

Diese Methode wendet er nun auf legale Branchen an: Logistik, Sicherheitsdienste, Landwirtschaft. Und eben: die Luxusmodeindustrie. Sein Ziel ist nicht der einzelne Werkstattbetreiber. Er nimmt die feinen Konzernspitzen ins Visier. Seit 2023 wurden durch den Druck seiner Verfahren über 60 000 Beschäftigte aus der Schwarzarbeit geholt, die Konzerne mussten 1,13 Milliarden Euro Steuern und über 200 Millionen Euro Sozialabgaben nachzahlen.

DER FALL TOD'S

Beim Luxuslabel Tod's geht Storari noch einen Schritt weiter. Am 20. November 2025 trägt die Staatsanwaltschaft das Nobelschuhhaus erstmals selbst als beschuldigt ins Register ein, dazu drei Manager für Produktion, Lieferkette und Compliance. Vorwurf: Caporalato, wie die wissentliche und willentliche Ausbeutung von Arbeitenden in Italien heisst. 53 Betroffene in sechs Betrieben, Stundenlohn 2,75 Euro, dazu 150 Euro Monatsmiete für Schlafräume über der Fabrikhalle, also 55 Stundenlöhne. Brisant: Die Warnsignale stammten aus Tod's eigenem Kontrollsystem. Ein Audit vom Mai 2024 dokumentierte Akkordlöhne und entwürdigende Schlafräume, produziert wurde trotzdem weiter. Laut Ermittlungsakten ignorierten die Manager die Auditbefunde bei 15, 24 und 28 Lieferanten in den Jahren 2023 bis 2025. Firmenpatron Diego



KAMPF AN MEHREREN FRONTEN: Staatsanwalt Paolo Storari legt sich nicht nur mit den Modehäusern an, nun will ihn auch die Regierung von Giorgia Meloni stoppen. MONTAGE: WORK

Della Valle wehrt sich, spricht von einer «Dummheit». Storari fordert als neue Sanktion ein sechsmonatiges Werbeverbot. Entschieden ist noch nicht, das Verfahren dauert an.

LEKTION FÜR LORO PIANA

Was Druck bewirken kann, zeigt der Fall Loro Piana: Für ein Jahr wurde Zwangsverwaltung angeordnet, das Unternehmen absolvierte 2400 Audits und warf über 100 Lieferanten aus der Kette. Im April dieses Jahres wurde Loro Piana vorzeitig aus der Aufsicht entlassen. Genau dieses Instrument will die Regierung Meloni jetzt schwächen. Schon im Oktober 2025 versuchte

der Senat, Konzerne per «Gütesiegel» aus der Haftung für ihre Zulieferer zu entlassen; im Januar strich das Parlament die Klausel wieder. Nun kommt sie über Artikel 34 zurück. Ob Chanel, Bulgari und die anderen sieben Häuser zu neuen «Fällen Tod's» werden, hängt jetzt von zwei Dingen ab: davon, ob die Gerichte Audits als Beweis für sorgfältige Kontrolle lesen oder als Geständnis. Und davon, ob es der postfaschistischen Regierung in Rom gelingt, den Anti-Modemafia-Ermittlern ihre schärfste Waffe aus der Hand zu schlagen.

Grosse Serie zur Mailänder Modemafia unter rebrand.ly/mode-mafia

INSERAT

Demo «Zwischen uns keine Grenzen!»

Die Unia ruft gemeinsam mit Solidarité sans frontières und anderen Organisationen zur grossen Kundgebung für eine menschenwürdige Migrationspolitik in Bern auf.

Infos zur Demo

US-Philosoph Jason Stanley über rechte Erinnerungspolitik

Der Kampf um die Geschichte

Rechte mögen keine Geschichte. Sie mögen nur ihre Geschichten. Jason Stanleys Familie floh vor den Nazis in die USA, er vor Trump nach Kanada. In seinem neusten Buch analysiert er, wie autoritäre Rechte rund um den Globus versuchen, die Geschichte umzuschreiben.

CLEMENS STUDER

Berlin, 1939. Eine junge Frau steht vor einem deutschen Gericht und soll erklären, warum ihre Familie das Land verlassen will. Sagt sie, Deutschland sei antisemitisch geworden, gefährdet sie sich selbst. Sagt sie, es gebe keine Probleme, bekommt sie vielleicht kein Visum. Sie wählt einen dritten Weg: Seit der Abdankung von Kaiser Wilhelm II. habe Deutschland für sie aufgehört zu existieren. Der Richter beginnt zu weinen. Sie erhält das Visum.



Jason Stanley.

So erzählt es der Philosoph Jason Stanley (56) in einem Interview von seiner Grossmutter Ilse Stanley, die zuvor, als Sozialarbeiterin getarnt, jüdische Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen herausgeholt hatte. Sein Vater floh 1939 als Kind aus Deutschland, die Verwandten seiner Mutter wurden grösstenteils in Sobibor ermordet. Stanley lehrte bis 2025 Philosophie an der Yale University. Weil er sich in den USA unter Trump nicht mehr sicher fühlte, verliess er das Land und lehrt jetzt in Kanada.

RECHTE ERFINDUNGEN

Sein neuestes Buch, «Erasing History» (2024), liegt jetzt als «Gefälschte Geschichte» auf deutsch vor. Der deutsche Titel ist etwas irreführend: Es geht Stanley weniger um gefälschte als um gelöschte Geschichte, also darum, wie Regierungen historische Erfahrungen aus dem öffentlichen Gedächtnis entfernen. Seine These: Wer Macht dauerhaft sichern will, braucht mehr als die Kontrolle über die Gegenwart. Er muss auch bestimmen, wie eine Gesellschaft ihre Vergangenheit erzählt.

Autoritäre Bewegungen erfinden nationale Reinheit und Unschuld, blenden Gewalt, Rassismus und Kolonialismus aus und greifen deshalb



SCHWEIZER MYTHOS WILHELM TELL: Denkmal auf dem Rathausplatz in Altdorf UR. FOTO: KEYSTONE

zuerst Schulen, Universitäten und Museen an. Stanley entwickelte diese These, als ihm auffiel, wie unterschiedliche Regierungen rund um den Globus demselben Muster folgen.

GEFÄLSCHT ODER GELOESCHT?

Stark ist Stanley, wo er konkrete Fälle nebeneinanderlegt und zeigt, wie ähnlich der Meccano funktioniert: Wer Kindern eine lückenlos heroische Nationalgeschichte beibringt, nimmt ihnen das Wissen, dass Widerstand und Wandel schon einmal möglich waren. Schwächer und kritisierbar ist seine Grundthese, Geschichte werde «gelöscht». Denn das hiesse, es hätte einmal eine ehrliche Erzählung gegeben, die nun verschwindet. US-Kritikerinnen wenden richtigerweise ein, die offizielle Geschichte vieler Gruppen in den USA sei nie ehrlich erzählt worden. Es gebe in diesem Sinne keine unschuldige Vergangenheit, die verloren gehe, sondern eine alte Lüge, die sich fortsetze. Und um deren Widerlegung sich die Auseinandersetzungen drehen.

DIE LÜGEN DER SCHWEIZ

Von alten Lügen hat auch die Schweiz mehr als genügend. Und wer es wagt, diese Mythen wissen-

schaftlich zu widerlegen, bekommt massiven Gegenwind zu spüren. Schon lange vor der Trumpschen Säuberungswelle an den US-Unis griffen Rechtsnationalisten in der Schweiz alle an, deren Forschung nationale Mythen widerlegte. Und auch in der Schweiz ist die Schule längst ein Kampffeld der Rechten*. Was eine Gesellschaft Kindern heute zu wissen erlaubt, bestimmt mit, was diese Kinder in zwanzig oder vierzig Jahren für möglich halten. Und wie sie urteilen, wenn sie selber einmal vor eine schwierige Wahl gestellt werden. Am Ende des Gesprächs, aus dem die Eingangsszene stammt, sagt Stanley, solche politischen Verschiebungen kämen oft schneller, als man denke, von einem Tag auf den anderen. Und die wenigsten haben dann das Glück und die Chuzpe seiner Grossmutter.



Jason Stanley: **Gefälschte Geschichte**. Wie Faschisten die Vergangenheit umschreiben, um die Zukunft zu kontrollieren. 206 Seiten, Westend-Verlag, ca. Fr. 30.–.

* Eine wesentlich längere Fassung dieser Rezension mit einem umfassenden Schweiz-Teil ist auf der Website workzeitung.ch erschienen. Direktlink zum Beitrag: rebrand.ly/geschichtskampf.

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser



HOHE LÖHNE DANK WELTWEITEM HANDEL

Die Schweizer Arbeitnehmenden gehören zu den produktivsten der Welt. Nur in wenigen Ländern erarbeiten Arbeitnehmende in der gleichen Zeit mehr. Ein wichtiger Grund ist die gute Ausbildung. Ebenso wichtig ist auch, dass die Arbeitnehmenden ihre Fähigkeiten anwenden können. Sie können sich in Unternehmen spezialisieren und bringen so immer wieder Innovationen hervor. Die Spezialisierung und die Innovationskraft wären nicht möglich, wenn die Schweizer Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen nicht im Ausland verkaufen könnten. Das zeigt das Beispiel des Maschinenbauers Liechti. Das Unternehmen stellt fünffache Fräsmaschinen für den Turbinenbau her. In der kleinen Schweiz gibt es für diese komplexen und teuren Geräte kaum Abnehmer. Nur weil das Unternehmen sie weltweit verkauft, lohnt es sich, sie überhaupt in der Schweiz herzustellen.

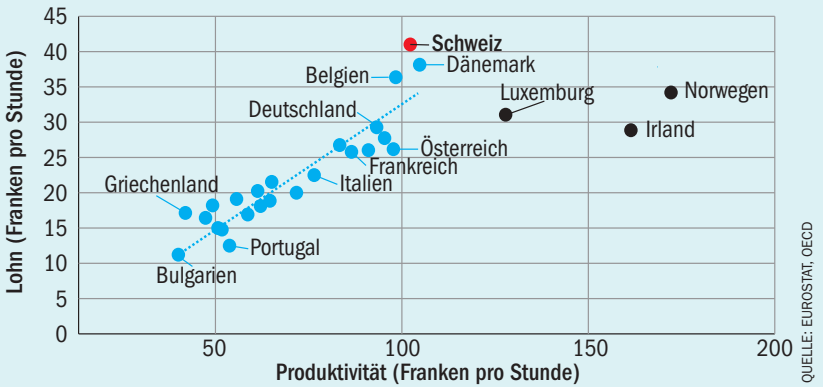
SPEZIALISIERUNG. Mehr Handel heisst in der Regel eine höhere Produktivität. Die Unternehmen und ihre Beschäftigten können in grösserer

Stückzahl produzieren. Entsprechend führt vieles, was Handel erleichtert, zu einer höheren Produktivität. So hat die Erfindung des Schiffcontainers oder des Internets den Handel vereinfacht und der Produktivität einen Schub verliehen. Auch politisch kann man Handel mit Handelsabkommen weniger teuer machen. Solche Abkommen, wie sie die Schweiz neu zum Beispiel mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten oder mit Malaysia abgeschlossen hat, senken Zölle und erleichtern die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg.

ARBEITSRECHTE STÄRKEN. Damit die Handelsgewinne bei den Arbeitnehmenden ankommen, benötigen sie eine starke Verhandlungsposition. Dazu braucht es starke Gewerkschaften und ausgebaute Arbeitnehmerrechte. Es ist deshalb wichtig, dass die Schweizer und ihre Partnerländer ihre Versprechen zur Einhaltung und Förderung der Arbeitsrechte, die sie sich in den Freihandelsabkommen neben den Zollsenkungen geben, tatsächlich einhalten.

Je höher die Produktivität, desto höher die Löhne

Die Punkte zeigen einzelne Länder in Europa mit ihrer durchschnittlichen Produktivität (Wertschöpfung pro Stunde) und dem mittleren Stundenlohn, in kaufkraftbereinigten Franken, im Jahr 2022.



HÖHERE LÖHNE. Klar: Solche Abkommen fördern nicht im selben Ausmass Handel und Produktivität, wie es der Container tat. Dennoch verbreitern sie die Absatzmärkte und machen die Schweizer Exporte weniger abhängig von den USA oder China. Für die Arbeitnehmenden ist das ein Vorteil. Denn mehr Produktivität vergrössert den Spielraum für Gewerkschaften,

bessere Löhne auszuhandeln (siehe Grafik). Diesen Zusammenhang zeigt die Schweiz eindrücklich: Die Arbeitnehmenden sind hierzulande nicht nur sehr produktiv. Wir haben auch die höchsten Löhne der Welt – selbst wenn man das hohe Preisniveau in der Schweiz mit berücksichtigt.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Radio Garden

Sounds aus aller Welt

Seit nun genau einer Dekade freuen sich Radiofans über die App «Radio Garden». Einst in Holland als Forschungsprojekt entwickelt, mauserte sich Radio Garden rasch zu einer populären Plattform, über die sich in die weltweiten Radiokulturen eintauchen lässt. Dafür haben die Radio-Nerds einen digitalen Globus mit über 40 000 grünen Punkten überzogen. Jeder von ihnen steht für einen lokalen Sender. Ein Klick, und schon gibt es live was auf die Ohren. Ob surinamische Nachrichten in afro-kreolischem Dialekt, treibender Baile Funk aus Rio de Janeiro oder die schwarze Schwere des Osloer «Metal Express Radio» – im globalen Radiogarten ist für jeden Geschmack was dabei.

www.radio.garden oder als App für Apple- und Android-Geräte

Politikino

Der Film und die Arbeiterbewegung

Manche Filme wollen nicht nur zeigen, sie wollen verändern. Ganz diesem breiten Genre gewidmet ist die Berner Veranstaltungsreihe Politikino!, organisiert vom Kino Rex, der legendären Kinemathek Lichtspiel und dem Polit-Forum Bern. Ab September bis Juni finden monatlich Podiumsgespräche mit je zwei Gästen statt. Dazu flimmern entsprechende



FOTO: ZVG

Klassiker und Trouvaillen über die Leinwand. Die Themen unter anderem: Politik des Bewegungsfilms, Kolonialismus und die Macht der Kamera, Film als feministisches Denkinstrument oder Politik im Spielfilm. Auch **Unia-Präsidentin Vania Allea** hat einen Auftritt. Sie wird mit Regisseur Samir über die Rolle des Kinos für die Arbeiterbewegung diskutieren.

Das ganze Programm unter rexbn.ch/filmreihen/politikino

Mobbing

Selbsthilfegruppe geht online

Werden Sie an Ihrem Arbeitsplatz regelmässig schikaniert, abgewertet oder ausgegrenzt? Dann könnte es sich um Mobbing handeln. Helfen kann in dieser Situation eine Fachstelle, eine Gewerkschaft oder der Besuch einer Selbsthilfegruppe. Eine solche gründet zurzeit das Beratungszentrum Selbsthilfe Bern. Geplant sind abendliche Onlinetreffen per Videocall. Willkommen sind Betroffene aus der ganzen Schweiz. Die Teilnahme ist gratis und vertraulich.

Anmelden unter info@selbsthilfe-be.ch oder **0848 33 99 00**



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Ferien: Ich will Erholung, nicht Geld

Ich habe mein Arbeitsverhältnis auf Ende September gekündigt. Von meinen jährlichen vier Wochen Ferien konnte ich dieses Jahr einzig im Januar eine Woche beziehen. Trotz mehrmaliger Beantragung durfte ich diesen Frühling keine Ferien nehmen. Nun bin ich aber definitiv ferienreif und möchte bis Ende Kündigungsfrist wenigstens 1,5 Wochen Ferien machen. Meine Vorgesetzte schweigt wiederum auf mein Ferienbegehren. Ich weiss, dass mir meine Arbeitgeberin nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Ferien ausbezahlen darf. Aber Geld ersetzt mir meinen Erholungsbedarf nicht. Können Sie mir bei der rechtlichen Argumentation helfen?

MYRIAM MUFF: Ja. Gemäss Gesetz, Artikel 329c Obligationenrecht, sind die Ferien in der Regel im Verlauf des betreffenden Dienstjahres zu gewähren; wenigstens zwei Ferienwochen müssen zusammenhängen. Den Zeitpunkt der Ferien bestimmt jedoch die Arbeitgeberin und nimmt dabei Rück-



URLAUBSREIF: So können Sie vorgehen, wenn die Arbeitgeberin Ihnen die Ferien verweigert. FOTO: ZVG

sicht auf die Wünsche des Arbeitnehmers, sofern dies mit den Interessen des Betriebs vereinbar ist. Es ist also nicht die Idee des Gesetzgebers, dass Ihnen die Mehrheit Ihrer Ferien ausbezahlt wird. Denn: Der Zweck der Ferien ist die Erholung, und wenn Sie während neun Monaten Anstellung in diesem Jahr bisher nur eine Woche Ferien bekamen, ist diese nicht erfüllt. Teilen Sie Ihrer Vorgesetzten Ihren Bedarf an Ferien sowie die Rechtsgrundlage dafür mit, und suchen Sie nach einem Zeitpunkt, der für beide Seiten passt. Sollten Ihnen die Ferien gänzlich verweigert werden, verlangen Sie nach Angabe von konkreten betrieblichen Gründen. Allenfalls wäre es auch ratsam, Ihr Anliegen noch per Mail zu formulieren, eventuell auch im Cc an die nächsthöhere Vorgesetzte und/oder ans HR. In Ihrem Fall ist es vorstellbar, dass das Problem im konkreten Zeitpunkt liegt: Auch wenn die Arbeitgeberin auf Ihre Ferienwünsche Rücksicht nehmen muss, kann Sie den Ferienzeitpunkt bestimmen. Ich rate Ihnen deshalb, sich flexibel zu geben. Bei Problemen können Sie sich an Ihre Gewerkschaft wenden, die beispielsweise den Kontakt mit Ihrer Arbeitgeberin suchen oder Sie zum Gespräch mit der Vorgesetzten begleiten kann.

Nebenjob: Muss ich das absprechen?

Ich bin als Coiffeuse zu 60 Prozent angestellt. Dieses Pensum reicht mir finanziell nicht, weshalb ich mir überlege, daneben noch zu 40 Prozent als Fitnesstrainerin zu arbeiten. Ist das erlaubt? Falls ja, soll ich meine Arbeitgeberin darüber informieren?

MYRIAM MUFF: Ja, das ist erlaubt, weil Sie Ihre bisherige Arbeitgeberin nicht konkurrenzieren. Würden Sie in unmittelbarer Nähe des Coiffeureschäftes noch zu 40 Prozent als Coiffeuse arbeiten, würden Sie Ihre arbeitsrechtliche Treuepflicht verletzen, weil sie damit Ihre Arbeitgeberin konkurrenzieren würden. Diese Konkurrenzenzierung ist bei der Tätigkeit als Fitnesstrainerin nicht ersichtlich. Es ist jedoch ratsam, wenn Sie Ihre bisherige Arbeitgeberin über Ihre geplante Nebentätigkeit informieren. Beispielsweise dann, wenn dies vertraglich von Ihnen verlangt wird und weil Sie vermutlich als Coiffeuse an unterschiedlichen Wochentagen arbeiten. Damit Ihre Arbeitgeberin Ihre Arbeitseinsätze planen kann, ist es sinnvoll, sie über Ihre Nebenbeschäftigung zu informieren. Aus demselben Grund ist es auch sinnvoll, das Fitnesstudio über Ihre Anstellung als Coiffeuse zu informieren.

Wie viele Ferien stehen dir zu? Wie lange dauert die Probezeit? Und was Kennst du deine Rechte? Hier

Mit dem Lehrbeginn betrittst du Neuland: Die Erwachsenenwelt bringt gewisse Pflichten mit sich. Als Lernende oder Lernender hast du aber auch Rechte, die du unbedingt kennen solltest. Teste dein Wissen mit unserem Quiz!

MARIA KÜNZLI

- Was muss im Lehrvertrag neben Lohn und Ferien unter anderem geregelt sein?**
a) Die Ausbildungsziele und die Arbeitszeiten.
b) Die Arbeitszeiten und die wichtigsten Benimmregeln.
c) Die Besuchszeiten der Eltern.

- Wie lange darf deine Arbeitszeit als Lernende pro Tag höchstens sein?**
a) 8 Stunden
b) 9 Stunden
c) 10 Stunden

- Dürfen Lernende Nacht- und Sonntagsarbeit leisten?**
a) Na klar!
b) Auf keinen Fall!
c) Grundsätzlich ist Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche verboten. Ausnahmen gibt es für Berufe, bei denen zur Erreichung von bestimmten Ausbildungszielen Nacht- oder Sonntagsarbeit zwingend nötig sind.

- Wie lange dauert die Probezeit?**
a) Die Probezeit dauert mindestens zwei Wochen und höchstens 2 Monate.
b) Das ist in der Schweiz Verhandlungssache: Die Probezeit dauert so lange, bis sich Arbeitgeber und Lernende einig sind, dass sie das Arbeitsverhältnis definitiv fortführen wollen.
c) Die Probezeit dauert mindestens einen Monat und höchstens drei Monate.

- Du und deine Arbeitskolleginnen und -kolle-**

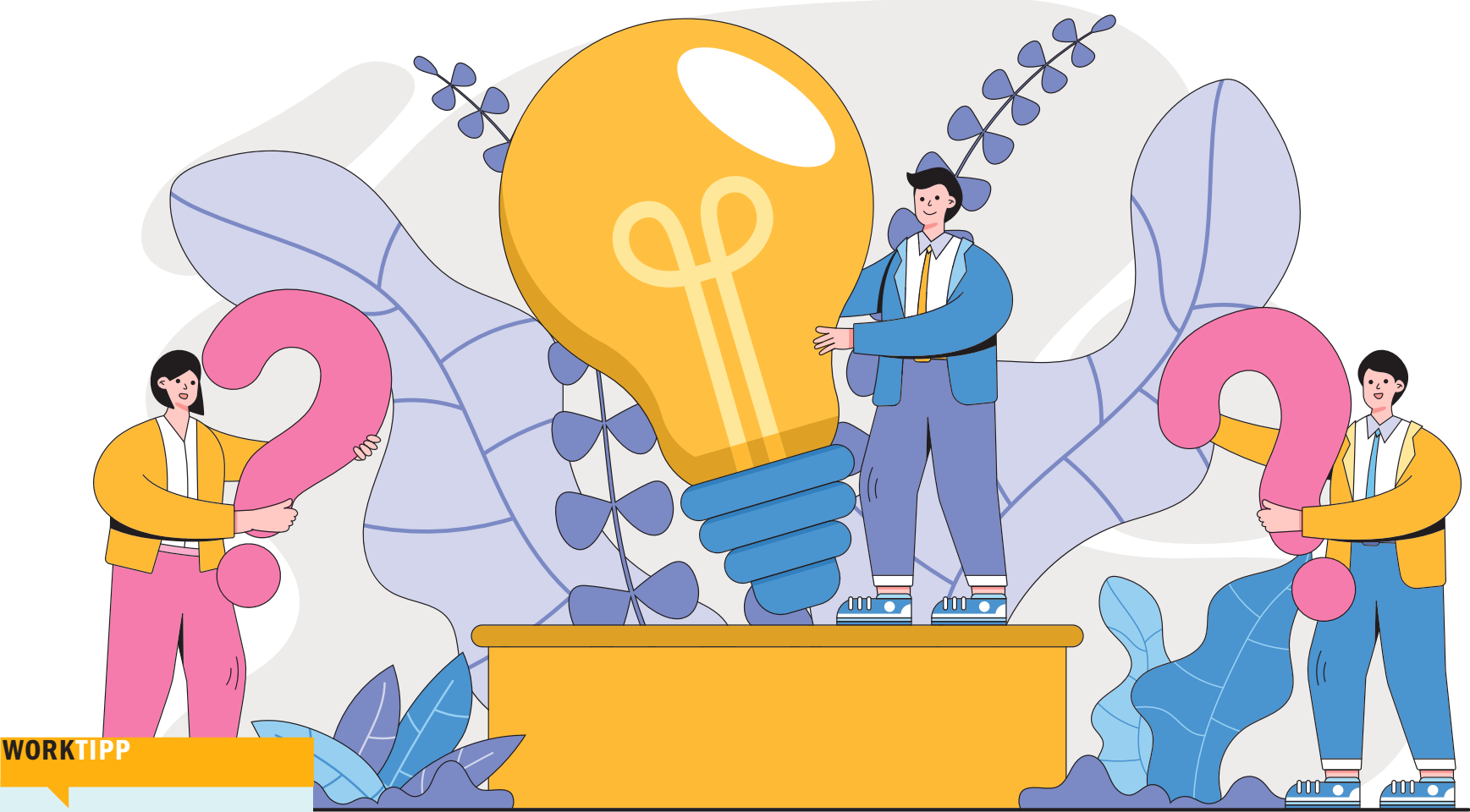
gen beginnen den Arbeitstag gemeinsam um 8 Uhr. Als um 18 Uhr alle Feierabend machen, bittet dich der Chef, noch zwei Stunden zu bleiben, um eine angefangene Aufgabe zu beenden. Wie reagierst du?

- Ich bleibe noch und beende die Aufgabe.
- Ich erkläre dem Chef freundlich, dass es mir per Gesetz nicht erlaubt ist, dass mein Arbeitstag länger dauert als jener meiner Kolleginnen und Kollegen.

- Wie viele Ferienwochen hast du laut Gesetz pro Jahr mindestens zugute?**
a) Fünf Wochen bis zur Volljährigkeit, danach vier Wochen.
b) Jugendliche und junge Erwachsene unter 20 Jahren haben ein Recht auf mindestens fünf Wochen pro Jahr.
c) Acht Wochen bis zum Lehrabschluss, danach fünf.

- Unterstützt die Unia auch Lernende?**
a) Aber sicher: Die Interessengruppe Jugend setzt sich dafür ein, dass Lernende mehr Ferien, mehr Respekt, weniger Stress und bessere Arbeitsbedingungen erhalten.
b) Nein, für Lernende ist eine andere Gewerkschaft zuständig. Sie heisst Lenia.

- Du hast vor einem halben Jahr mit deiner Lehre als Mediamatikerin angefangen. Bisher hast du aber nichts anderes gemacht, als zu kopieren und Kaffee zu kochen. Wie kannst du dich wehren?**
a) Gar nicht. Es ist normal, im ersten Lehrjahr ausschliesslich Kaffee zu kochen.
b) In den Bildungsverordnungen und -plänen ist für jeden Beruf klar festgehalten, welche Fähigkeiten vermittelt werden sollen. Es ist aber normal, dass Lernende Dinge erledigen müssen, die nicht direkt mit dem Beruf zu tun haben wie zur Post zu gehen oder Kaffee zu kochen. Wenn du jedoch über längere Zeit das Gefühl hast, nur Aufgaben zu erledigen, die nichts mit deinem gewählten Beruf zu tun haben, solltest du mit deiner Ausbilderin oder deinem Ausbilder sprechen. Erreichst du auf die-



WORKTIPP

NACHT- UND SONNTAGSARBEIT

Grundsätzlich ist Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche verboten. Je nach Branche, Beruf und Alter der lernenden Person gibt es aber Ausnahmen. Diese kommen zum Tragen, wenn zur Erreichung der Ausbildungsziele Nacht- oder Sonntagsarbeit zwingend nötig sind. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung hat eine Liste zusammengestellt mit Berufen, in denen Nacht- oder Sonntagsarbeit in der Lehre erlaubt ist: rebrand.ly/wbf-verordnung.

sem Weg keine Veränderung, wird dir deine Gewerkschaft gerne weiterhelfen.

- Du bist krank und musst zwei Tage zu Hause bleiben. Darf der Chef von dir verlangen, die verpasste Arbeitszeit nachzuholen?**

WISSEN IST DEIN VORTEIL: work zeigt dir,

- Klar, die Arbeit wird schliesslich nicht von alleine weniger.
- Nur, wenn es sich um Arbeit handelt, die von den Kolleginnen und Kollegen nicht übernommen werden kann.
- Nein. Der Arbeitgeber darf mich nicht dazu verpflichten, die krankheitsbedingt verpasste Arbeitszeit nachzuholen.

- Du bist automatisch über deinen Arbeitgeber gegen Berufsunfälle und Berufskrankheiten versichert. Was aber gilt bei Unfällen, die in der Freizeit passieren?**
a) Dafür brauche ich eine private Unfallversicherung.
b) Wer mindestens acht Stunden pro Woche für einen Betrieb arbeitet, ist automatisch auch gegen

Nichtberufsunfälle versichert. Das gilt aber nur für ausgebildete Mitarbeitende, nicht für Lernende.

ist mit Nachtarbeit? Das grosse Quiz für Lernende: findest du es heraus

INFOTHEK

NÜTZLICHE ADRESSEN

JUGEND- UND ARBEITS-SCHUTZ: Wie lange dürfen Lernende höchstens arbeiten? Wie viel Erholungszeit steht ihnen zu? Die gesetzlichen Grundlagen bilden das Arbeitsgesetz (ArG), die Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (ArGV 1) und die Jugendarbeitsschutzverordnung (ArGV 5). Eine Zusammenfassung der Regeln und Gesetze findest sich hier: rebrand.ly/jugend-arbeitschutz.

BILDUNGSVERORDNUNGEN: Welche Fähigkeiten müssen in welcher Lehre vermittelt werden? Das ist in den Bildungsverordnungen (rebrand.ly/rahmenlehrpläne) klar geregelt.

KANTONALES BILDUNGS-AMT: Wirst du in deinem Betrieb nicht richtig ausgebildet? Gibt es Probleme mit deiner Ausbilderin oder deinem Ausbilder? Dann ist das kantonale Bildungsamt die richtige Adresse (rebrand.ly/berufsbildung-kontakte).

HILFE BEI MOBBING: Fühlst du dich gemobbt, schikaniert oder sonstwie ungerecht behandelt? Oder erfährst du sexuelle Belästigung? Die Unia hat auf ihrer Website Tipps und Handlungsmöglichkeiten bei sexueller Belästigung und Mobbing zusammengestellt: rebrand.ly/sexuellebelastigung-tipps. Hilfe bei Sorgen und Problemen bekommst du auch unter www.147.ch.

zum vertraglich vereinbarten Pensum geleistet wird.

- Grundsätzlich darf die Chef:n von Lernenden – unter Einhaltung bestimmter Regeln und Einschränkungen – Überstunden verlangen. Wie müssen diese ausgeglichen werden?**
a) Das ist von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich.
b) Pro Überstunde erhalten Lernende das Doppelte des vertraglich geregelten Stundenlohns.
c) Überstunden müssen entweder durch Freizeit oder mit einem Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent ausgeglichen werden.

- Was ist der Unterschied zwischen Überstunden und Überzeit?**
a) Überstunden sind Arbeitsstunden, die über die im Vertrag vereinbarte Arbeitszeit hinausgehen. Von Überzeit spricht man, wenn die gesetzlich festgelegte Höchst-arbeitszeit überschritten wird.
b) Es gibt keinen Unterschied.
c) Überzeit sind Arbeitsstunden, die nachts und am Wochenende geleistet werden. Überstunden sind Arbeitszeit, die zusätzlich

Lösungen:
1a, 2b, 3c, 4c, 5b, 6b, 7a, 8b, 9c, 10c, 11a, 12c

welche Rechte du in der Lehre genieusst. FOTO: ISTOCK

- Nichtberufsunfälle versichert. Das gilt aber nur für ausgebildete Mitarbeitende, nicht für Lernende.
- Wer mindestens acht Stunden pro Woche für einen Betrieb arbeitet, ist automatisch auch gegen Nichtberufsunfälle versichert. Das gilt natürlich auch für Lernende.

- Was ist der Unterschied zwischen Überstunden und Überzeit?**
a) Überstunden sind Arbeitsstunden, die über die im Vertrag vereinbarte Arbeitszeit hinausgehen. Von Überzeit spricht man, wenn die gesetzlich festgelegte Höchst-arbeitszeit überschritten wird.
b) Es gibt keinen Unterschied.
c) Überzeit sind Arbeitsstunden, die nachts und am Wochenende geleistet werden. Überstunden sind Arbeitszeit, die zusätzlich



HORIZONTERWEITERUNG: Im besten Fall profitieren Sie und der Betrieb von neu gewonnenem Wissen. FOTO: CANVA

Sie planen eine Weiterbildung? Wann bezahlt der

Weiterbildungen sind eine persönliche und berufliche Horizonterweiterung, von der auch die Firma profitiert. Was ist gesetzlich geregelt, und was ist eine Weiterbildungsvereinbarung? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

MARIA KÜNZLI

Wer sich weiterbildet, tut etwas für sich und nützt damit auch dem Betrieb. Doch wann beteiligt sich die Firma an einer Weiterbildung, und was gilt dann?

- Was ist gesetzlich geregelt?**
Im Weiterbildungsgesetz (rebrand.ly/weiterbildungsgesetz), das seit 2017 gilt, heisst es eher schwammig: «Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber

begünstigen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.» Es wird aber auch festgehalten, dass Weiterbildungen in der Verantwortung jeder einzelnen Person liegen. In vielen Gesamtarbeitsverträgen sind konkretere Rahmenbedingungen festgehalten, wie sich der Betrieb an Weiterbildung

Oft ist im GAV festgehalten, wie sich der Betrieb beteiligt.

dungen der Mitarbeitenden beteiligt. Das kann eine konkrete Kostenbeteiligung sein oder die Möglichkeit, Kurse und Schulen während der Arbeitszeit zu besuchen. Prüfen Sie also, ob Weiterbildungen in Ihrem GAV geregelt sind (siehe Spalte).

work klärt hier die wichtigsten Fragen Betrieb meine Weiterbildung?

- Darf die Firma Weiterbildungen anordnen?**

Ja. Die Firma darf Weiterbildung anordnen, wenn sie für die vereinbarte Arbeit förderlich und zumutbar ist. Ist die Schulung von Arbeitgeberseite her vorgeschrieben, muss sie aber auch von der Firma bezahlt werden und gilt vollumfänglich als Arbeitszeit.

- Muss sich die Firma an einer freiwilligen Weiterbildung beteiligen?**
Sie muss nicht, aber sie kann. Schliesslich profitiert sie vom erworbenen Wissen. Inwieweit der Betrieb die Weiterbildung unterstützt, ist Verhandlungssache. Meist sind an die Beteiligung Bedingungen geknüpft.

- Was ist eine Weiterbildungsvereinbarung?**

Wenn sich die Firma an der freiwilligen Weiterbildung beteiligt, regelt die Weiterbildungsvereinbarung die Bedingungen. Die Firma kann sich ganz oder teilweise an den Kosten beteiligen und die Kurse als Arbeitszeit anrechnen. Im Gegenzug wird oft eine sogenannte Kündigungssperre vereinbart, also ein bestimmter Zeitrahmen, in dem Sie nach der Weiterbildung im Unternehmen verbleiben sollen. Je nach Umfang und Kosten der Weiterbildung gilt eine Verpflichtungsdauer von bis zu drei Jahren als zulässig.

- Ich will trotz Kündigungssperre das Unternehmen verlassen. Was passiert jetzt?**

Wenn in der Weiterbildungsvereinbarung eine Kündigungssperre geregelt ist, müssen die

Kosten bei einer vorzeitigen Kündigung zurückbezahlt werden. Je länger die Weiterbildung her ist, desto kleiner wird der geschuldete Betrag. Zum Beispiel: Bei drei Jahren Kündigungssperre müssen im ersten Jahr 75, im zweiten 50 und im dritten noch 25 Prozent der Kosten zurückbezahlt werden.

- Was, wenn meine Weiterbildung nichts mit dem Job zu tun hat?**
Sie arbeiten in der Gastronomie und möchten eine Ausbildung als Shiatsu-Therapeutin machen? Da die Weiterbildung nichts mit den Aufgaben im Job zu tun hat, wird Ihnen der Betrieb vermutlich nicht entgegenkommen. Finden die Kurse während der Arbeitszeit statt, müssen Sie freinehmen oder um unbezahlten Urlaub bitten.

GAV-CHECK

WAS GILT FÜR MEINEN BERUF?

Wenn Sie einem GAV unterstellt sind, bei dem die Unia Sozialpartnerin ist, können Sie ihn ganz einfach online finden und schnell zu den benötigten Informationen gelangen – auch wenn Sie kein Mitglied sind. Das Tool liefert unter anderem Inhalte zum Mindestlohn, zu Ferien, Überstunden und oft auch zu Weiterbildungsregelungen. Dazu geben Sie im Online-formular Ihren Beruf, den Arbeitsort, die Ausbildung und das Arbeitsverhältnis an. (mk) unia.ch/de/lohn-gav

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



BILDER TRANSFERIEREN: Diese Funktionen sollten Sie kennen. FOTO: ADOBE

Dateien austauschen: Das sind die sichersten Wege

Wer mit Freunden in der Nähe Bilder oder andere Daten auf dem Handy austauschen will, braucht weder E-Mail noch Cloudspeicher. Es reichen die Tauschfunktionen auf dem Handy:

VON IPHONE ZU IPHONE: Klicken Sie bei einem Foto, Video oder einer Textdatei auf «Teilen», können Sie «Airdrop» auswählen. Der Empfänger muss in den Einstellungen unter «Airdrop» einstellen, dass er für andere Handys sichtbar ist. Danach lassen sich die Dateien zu nahen Handys senden, ohne Internetdaten zu verbrauchen. Das funktioniert auch von iPhone auf Mac. Einfach mit dem Lupensymbol auf dem Mac nach «Airdrop» suchen und unten einstellen, dass Sie für Sender in der Nähe sichtbar sind.

Zwischen Android

und iPhone ist es nicht ganz so einfach.

VON ANDROID ZU ANDROID: Das funktioniert identisch wie bei Apple. Die Funktion heisst jedoch «Quick Share». Für den Empfang auf Windows-PCs brauchen Sie die «Quick Share»-App auf dem Computer.

VON ANDROID ZU IPHONE: Diese Konstellation ist nicht ganz so einfach. Nur bei wenigen Handys wie dem Google Pixel 10 verstecken sich Airdrop und Quick Share. Bei anderen Handys hilft die App «Localsend». Ist die App auf beiden Geräten installiert und geöffnet und sind Sie im selben WLAN-Netz, können Sie Dateien austauschen – ebenfalls ohne Datenverbrauch. Ganz ohne App geht es mit Snapdrop: Eine App ist dabei nicht nötig. Sie geben einfach im Browser Snapdrop.net ein. Auf dem ersten Handy laden Sie die gewünschten Dateien hoch und klicken anschliessend auf den «Share»-Knopf. Dann wählt Sie «Share nearby». Andere Handys im selben WLAN-Netz, die ebenfalls die Seite geöffnet haben, erscheinen mit Namen zur Auswahl. Nun können Sie die Dateien übertragen. MARC MAIR-NOACK

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Fühle mich verloren

Ich habe gerade meine kaufmännische Lehre begonnen und bin noch etwas verloren... Worauf sollte ich achten, um mich zu schützen?

«Zunächst einmal: Herzlichen Glückwunsch zu deiner Lehrstelle! Hier sind ein paar wichtige Tipps:
1. Notiere deine Arbeitszeiten auch selbst, zusätzlich zum Zeiterfassungssystem deines Betriebs. Man weiss nie.
2. Dokumentiere problematische Situationen. Notiere die Fakten möglichst genau: Was ist passiert? Wann und wo? Wer war beteiligt?
3. Halte wichtige Dinge schriftlich fest. Bei wichtigen Abmachungen solltest du wenn möglich um eine schriftliche Bestätigung bitten. So hast du einen Nachweis.

- Bleib bei Problemen nicht allein. Sprich zuerst mit deiner Berufsbildlerin. Wenn sich die Situation nicht verbessert, kannst du dich an die Personalabteilung, eine vorgesetzte Person oder an die zuständige Berufsbildungsstelle wenden.
- Fühlst du dich unwohl, nimm dieses Gefühl ernst. Das bedeutet nicht automatisch, dass etwas rechtswidrig ist – aber es ist ein guter Grund, dich über deine Rechte zu informieren.»



Félicia Fasel, Jugendsekretärin
Rechte zu informieren.» Informationen findest du unter rechte-der-lernenden.ch.

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an jugend@unia.ch.

workrätzel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden. Das historische Haus liegt mitten in der lebendigen City, nur fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge, das Berner Münster oder das Bundeshaus sind zu Fuss erreichbar. Der ideale Ausgangspunkt für Shopping und Sightseeing in der bezaubernden Zähringerstadt.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 9
Das Lösungswort lautete: BADEANSTALT

		B	N		R		C			O		G							
E	S		R	E	G	A	T		T	E	I	L	Z	E	I	T			
G	E	N	A					T	O	R					R	O	T		
	R		I		K	A	N	N	E		G		I	R	O	S			
	V	I	S	I	E					K	E	H	L	E		E	T		
B	O	N	I		F		T	O	T	A	L		E		E	L	L		
		D		T	I	M	E	S		M		Z	I	E	G	L	E	R	
	F	E	D	E	R		X		D	I	N	O	S		G		I	M	
P	A	S		U		A	T	M	E	N		T		Z	E	C	H	E	
		S		R	E	I	B	E		K		S	T	E	I	N		S	
	T	U	E	R					S	A	E	U	E			S	K	A	
	F		G		B	I	S	O	N		R		A	R	B	E	I	T	
M	O	D	E	L	L	E		D		P	F	A	D	E		G	E	H	
	O	E	L		A	B	L	O	E	S	E		A	N		R	E	D	
	D	O	N	A	U			A	M		T	R	A	M		F	L	A	N

DEN PREIS, 200 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Marlen Ammon-Balmer, Unterseen BE Herzlichen Glückwunsch!

Lasttier	↘	↘	laute Mitteil- lung	Einstieg- ort am Flug- hafen	nicht mehr ge- bräuch- lich	↘	↘	Düsen- flug- zeuge	Brett- spiel	Zch. f. Gold	Zitter- pappeln	↘	3./4. Fall von wir	↘	Stricke, Täue	rettende Lösung	schweiz. Bahnge- sell- schaft	kurz für: in dem
Kapitu- lation	➡			↘				«... weg vom Sonntag!»	➡	↘	↘		4		dt. für Matur (Kw.)	➡	↘	↘
Autokz. Kanton Uri	➡		Stroh- unter- lage	↘	südafrik. Lauf- vogel	➡							Motorrad od. Velo fahren		dt. Gross- stadt an d. Donau	➡		
gelang- weilt, uninter- essiert	➡		↘					britann. Sagen- könig		Läuse- ei		nur, le- diglich	➡		1			Kehre, Drehung
➡					relig. Bräuche			Ge- dächt- nis- verlust	➡	↘					bibl. Stadt des Lasters		Bild- hauer- werk- zeug	↘
Schul- material Mz.		radioakt. Edelgas		Kehr- reim	➡			3				Gebärde, Wink		kleinste Teile der Wortbe- deutung	➡	↘		
Ein- siedler	➡		↘				Innerei v. Kalb		Volk im Baltikum		krumm, nicht gerade	➡	5					
➡				Zell- verband		gezwun- gen sein	↘		↘					kaufm.: ohne Abzug		Identi- tätskarte (Kw.)	➡	7
«Gegen den Mieten- ...!»	Satz- zeichen Mz.		Kau- werk- zeug Mz.	➡	↘						... Tropfen höhlt den Stein.		Vorge- setzte, Chefs	➡				
feine Hautöff- nungen	➡	↘				starker Zweig		Glarner Kräuter- käse	↘	«... auf den Mindest- lohn»	➡					eh. CH- Bob- fahrer (Beat)		Fluss durch Luzern
➡			Grund- nah- rungs- mittel		Beto- nung Mz.	➡							Bank- schliess- fach		hin und ...	➡	2	
engl.: rennen		An- wesenheit	➡	↘					6	persönl. Fürwort (3. Pers.)		Pflan- zen- halme	➡					
Ein- kaufs- behälter	➡				schweiz. Popduo: ... & Leduc	↘	ital. Tonbez. für das D		Hoheits- gebiet	➡	↘				Doppel- konsonant		sächl. Fürwort	
«Jean Ziegler ...!»		fossiler Brenn- stoff	➡			Leitung bei Film- aufnahmen	➡		8			«Unidos somos ...»	➡					
➡				dt.-poln. Grenz- fluss	➡				stark metall- haltige Minerale	➡				Beschä- digung im Stoff	➡			

1	2	3	4	5	6	7	8
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 10. September 2026**

INSERAT



Die Unia organisiert erneut Schulungen in Hinblick auf die Lohnverhandlungen in den Betrieben der MEM-Industrie. Ökonom:innen und Gewerkschafter:innen teilen ihre Kompetenzen und Erfahrungen mit euch.

Daten:
 Biel-Studen: 9. Sept. 2026
 Winterthur: 11. Sept. 2026
 Bern: 14. Sept. 2026
 Olten: 25. Sept. 2026

Infos und Anmeldung:





WORKLESERINNENFOTO

Guten Appetit, liebe Wespen

WANN August 2026
WO Esther Hadorns Garten in Steffisburg BE
WAS Zwetschgen mampfende Wespen
Eingesandt von Esther Hadorn, Steffisburg

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORKZEITUNG.CH / 13.7.2026: DARUM WIRD DAS BUEZER- PORTEMONNAIE IMMER DÜNNER Ironie!

Ja hallo? Wo kämen wir denn hin, wenn unsere Reichen nicht mehr weiterhin so schnell reich würden und plötzlich Menschen in anderen Ländern mit ihrem Reichtum Schlagzeilen machen? Das müssen wir unbedingt bewahren als Schweiz! Unmenschen, die faire Besteuerungen für Superreiche fordern. Die Lasten können wir doch gegen unten geben und auf viel mehr Köpfe verteilen. Wir wissen doch schon, wie es ist, mit sehr wenig Geld umzugehen, da kommt es auf die paar Mehrkosten nicht mehr an. Und für alle, die etwas genauer hinschauen wollen, schaut euch mal an, was Kalifornien mit seinen Superreichen macht. Da gibt es neu eine einmalige Steuererhebung für Milliardäre, was sehr viel Geld bringt. Aber warten wir in der Schweiz lieber ab, damit wir es nicht vorzeitig zu gut machen für die breite Bevölkerung.

JIM HÄUSERMANN, VIA INSTAGRAM

Klassenkampf

Das ist Klassenkampf von oben. Die Reichen machen uns fertig, und niemand scheint das zu kapieren.

NANO BROCCOLI, VIA INSTAGRAM

Kaufkraft

Spannend, wie stark die Kaufkraft den Alltag prägt. Entscheidend ist am Ende nicht nur der Lohn auf dem Papier, sondern was nach Miete, Krankenkasse und allen Fixkosten tatsächlich übrigbleibt.

SCHWEIZ ERKLAERT, VIA INSTAGRAM

Schädlich

Es ist überall das gleiche. Das ist offenbar der Trend der Zeit. Nur leider ist dieser Trend sehr unsozial und schädigt unsere Demokratie.

SPIELPLATZPRUEFER, VIA INSTAGRAM

Bravo, SVP

Weiterhin SVP wählen, dann geht's weiter so bergab.

GINO ARTONI, VIA FACEBOOK

WORK 9 / 2.7.2026: EIN RECHTES TIEF ZIEHT AUF

Atomkraft nicht verbieten

Anne-Sophie Zbinden hat im work-Edito recht. Man muss auf die Klimaveränderungen reagieren. Aber gerade darum darf man die Atomkraft und ihre Forschung nicht absolut verbieten und von einer Zukunftslösung ausschliessen. Die sogenannten Small Modular Reactors (SMR), von denen zum Beispiel China in 30 Jahren 60 Anlagen baut und sogar die EU-Kommission begeistert davon ist, sollen auch in der Schweiz möglich sein. Oder sollen wir in Zukunft mit fahlem Kerzenlicht weiterkutschieren?

TONI STADELMANN, ZÜRICH

WORKZEITUNG.CH / 10.8.2026: DIE SCHWEIZ VERDORRT, UND UMWELTMINISTER RÖSTI SCHAUT ZU

Politisch korrekt

Es ist schon sehr ernüchternd zu sehen, wie inkompetent Umweltminister Albert Rösti sein Departement führt. Eine Regierung von Technokraten würde das viel besser hinkriegen und könnte die Probleme lösen, die Rösti noch nicht mal erkannt hat. Der Fall Rösti zeigt aber auch exemplarisch, wie wenig akademische Bildung, selbst wenn sie an den besten Hochschulen der Welt erworben wird, bringt, wenn sie nicht gepaart ist mit Ethik und Empathie. Es deprimiert mich, zu sehen, wie ein Mann wie Alber Rösti überhaupt Umwelt-

minister werden kann. Sind wir schon so dysfunktional?

HARALD ZUBERBÜHLER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORKZEITUNG.CH / 14.7.2026: DIE UNERKLÄRTE LOHNLÜCKE IST SO GROSS WIE NOCH NIE

Da lohnt sich keine Lehre

In einer solchen «Frauenbranche» lohnt es sich nicht, eine Ausbildung mit EFZ zu machen, wenn man danach nur 4000 Franken Brutto verdient. Ich rede aus Erfahrung: Überstunden werden auch nicht ausbezahlt, der erste Krankheitstag ist nicht bezahlt, und so läuft der Teufelskreis immer weiter.

FIAD, VIA INSTAGRAM

WORKZEITUNG.CH / 29.7.2026: AUTOKRATEN-ALARM AUF DEM BALKAN

Die Menschen wehren sich

Danke für diesen wichtigen Beitrag. Seit über 60 Tagen gehen die Menschen friedlich und ununterbrochen auf die Strasse, um gegen dieses Vorhaben der Familie Trump zu protestieren.

GEMMA, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Schreinerin **Nadine Aeschlimann** macht Möbel nach Wunsch

Ciao Gymer: Sie will anpacken!

Etwas Schönes und Nützliches mit den eigenen Händen schaffen: Das gibt Nadine Aeschlimann (19) die nötige Befriedigung in der Lehre als Schreinerin. Sie weiss auch, wie die Branche mehr Lernende gewinnen kann.

MATTIA LENTO | FOTOS ISABELLE HAKLAR

Nadine Aeschlimann merkte schnell: Das Gymnasium ist nichts für sie. Die Noten waren gut, aber Nadine wollte anpacken. Jahrelang nur die Schulbank drücken? Nein, danke. Sie wollte am Abend sehen, was sie geleistet hat. Also schmiss sie das Gymi und suchte eine Lehrstelle.

Der Beruf Schreinerin sei aber keine Liebe auf den ersten Blick gewesen: «Ich machte ein paar Schnuppertage in einer Schreinerei. Ehrlich gesagt, hat es nicht sofort klick gemacht.» Erst nach ein paar Monaten im Berufsalltag merkte sie, dass sie hier wirklich hingehört. Den Lärm der grossen Maschinen findet sie bis heute eher unangenehm – doch die Arbeit mit Holz hat sie überzeugt. Nadine Aeschlimann wusste: Das ist ihre Zukunft. Seit 2023 lernt die junge Bernerin jetzt ihr Handwerk bei der Schreinerei Lauclair in Schüpfen BE und ist nun im vierten Lehrjahr.

MASSIV. In einem Ausstellungsraum präsentiert der Betrieb stolz die fertigen Stücke. Hier hat Nadine Aeschlimann die Geheimnisse des Holzes gelernt. «Am Anfang gab es nur einfache Arbeiten. Doch Schritt für Schritt wuchsen die Verantwortung und die Komplexität», erzählt sie. Heute arbeitet sie weitgehend selbständig an massiven Möbelstücken. In der Werkstatt bekommt sie einen Plan und setzt diesen exakt um. Von der Auswahl des Holzes bis zum Ölen der Oberflächen macht sie mittlerweile alles allein. Besonders die Arbeit an Massivholzmöbeln hat es ihr angetan.

Wer die 19jährige in der Werkstatt beobachtet, sieht ihre Konzentration. Sie bewegt sich sicher zwischen den Maschinen, ob Kreissäge, Bandsäge, Hobel- oder Kehlmaschinen. Sie kennt die Risiken: «Bei uns ist Arbeitssicherheit enorm wichtig. Die Maschinen sind modern und haben alle Schutzvorrichtungen.» Sie weiss: Das ist nicht überall so. «In manchen Firmen stehen uralte Maschinen ohne Schutz, das ist gefährlich. Eigentlich dürften Lernende dort gar nicht ran.» Auch menschlich habe sie den richtigen Platz gefunden: «Ich habe Glück mit meinem Team. Hier werde ich respektiert, und die Zusammenarbeit ist angenehm.» Das ist keine Selbstverständlichkeit. Im Berufsalltag und in der Berufsschule ist Sexismus für viele noch immer Realität.

BROCKI-MÖBEL. Nadine Aeschlimann fertigt Dinge an, die sie sich selbst nicht leisten könnte. Ihr Lohn im vierten Lehrjahr beträgt 1450 Franken brutto im Monat. «Privat bin ich eher mit Möbeln vom Bro-

cki oder mit Geschenkttem eingerichtet», erzählt sie offen. Doch es gibt eine wichtige Ausnahme: einen massiven Schreibtisch aus Holz. Den hat sie während der überbetrieblichen Kurse selbst gebaut. Nadine liebt die Arbeit mit Massivholz: «Es ist ein lebendiges Material. Kürzlich habe ich in meiner Freizeit ein Schachbrett fertiggestellt. Es war ein tolles Gefühl, das fertige Stück am Ende in den Händen zu halten.»

Die Schreinerei Lauclair fertigt hauptsächlich Möbel, Küchen und Einrichtungsgegenstände nach den exklusiven Wünschen der Kundschaft. Im Ausstellungsraum können sich Interessierte inspirieren lassen, doch am Ende entstehen meist individuelle Einzelstücke. «Unsere Kundinnen und Kunden wollen Unikate, nichts von der Stange», erklärt die 19jährige. Das hat seinen Preis. Aeschlimann sagt es direkt: «Unsere Arbeit ist hochwertiges Handwerk. Das ist leider nicht für jeden Geldbeutel erschwinglich.»

MEHR FERIEN! Nadine Aeschlimann hat ihren Traumberuf gefunden. Doch sie sieht auch die Probleme in der beruflichen Ausbildung. «Die Arbeit im Betrieb ist anstrengend, für den Körper und für den Kopf. Dazu kommen die Schultage, die überbetrieblichen Kurse, der lange Arbeitsweg und für viele Lernende das Lernen am Abend. Da bleibt kaum noch echte Freizeit übrig», sagt sie. Für sie ist klar: Die Belastung ist zu hoch. Deshalb unterstützt sie die Forderung der Gewerkschaft: «Acht Wochen Ferien für Lernende sind nicht übertrieben. Sie sind notwendig, damit die Jungen motiviert bleiben.»

Eigentlich wollte sie neben der Lehre die Berufsmaturität (BMS) machen. An der Schule lag es nicht, die fällt ihr leicht.



Doch der Betrieb spielte nicht mit. Das Problem: Wer die BMS macht, fehlt einen zusätzlichen halben Tag in der Werkstatt. Viele Lehrbetriebe erlauben die BMS nicht, weil sie die Lernenden lieber produktiv an der Hobelbank sehen statt im Klassenzimmer. Für Aeschlimann ist das ein strukturelles Problem: «Viele Betriebe wollen nicht für die zusätzliche Schulzeit bezahlen. Man soll in erster Linie arbeiten.»

Für die angehende Schreinerin ist der Kampf für bessere Bedingungen eine Priorität. Sie ist Mitglied der Gewerkschaft Unia. Die ganze Branche müsse sich endlich bewegen: «Die Arbeitstage sind oft zu

lang. Viele verlassen den Beruf kurz nach der Lehre, weil sie sich ausgebrannt fühlen.» Umfragen der Gewerkschaft bestätigen diese Beobachtung: Genau aus diesem Grund ist die aktuelle GAV-Kampagne der Unia so wichtig. Die Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag laufen hier bereits seit Februar. Eine Petition mit dem konkreten Forderungskatalog wird direkt in den Schreinereien verteilt und läuft bis Ende Oktober. Zudem finden im Frühjahr und Frühsommer regionale Versammlungen der Vertrauensleute statt, um den Druck zu erhöhen. Mehr dazu unter: rebrand.ly/schreinergewerbe.



NADINE AESCHLIMANN
POLITIK UND (KUNST-) HANDWERK

Nadine Aeschlimann (19) ist in einer Bio-Bauernfamilie in Uettiligen BE aufgewachsen. Dort lebt sie heute noch mit ihrer Mutter. Nach einem kurzen Gastspiel am Gymnasium entschied sie sich 2023 für einen Kurswechsel und begann ihre Ausbildung zur Schreinerin EFZ. Heute arbeitet sie in der Schreinerei Lauclair in Schüpfen BE und besucht die Berufsschule am BWZ Lyss.

HALTUNG. In ihrer knappen Freizeit engagiert sich Nadine Aeschlimann bei den Juso Bern. Politisch hat sie eine klare Haltung: Sie ist der Ansicht, dass der Kapitalismus für das Wohl des Planeten und der Menschheit überwunden werden muss. Nadine ist Mitglied der Gewerkschaft Unia. Einen kreativen Ausgleich zu Beruf und politischem Engagement findet sie beim Zeichnen, Basteln, in der Siebdrucktechnik sowie in der Analogfotografie.

ETWAS ERSCHAFFEN: Nadine Aeschlimann arbeitet konzentriert an der Maschine. In ihrer Freizeit hat sie ein Schachbrett (l.) gefertigt und ist stolz auf ihre Arbeit.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Roland Erne, Oliver Fahrni, Félicia Fasel, David Gallusser, Laura Gonzalez, Ralph Hug, Maria Künzli, Mattia Lento, Marie Saulnier Bloch, Clemens Studer Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Horly Roncaglioni, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Horly Roncaglioni, Telefon 031.350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia